Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 600 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 120. Donnerstag, den 26. Mai 1921. 28. Jahrgang.

Eine Rede des Reichskanzlers über Deutschlands Zukunft.

TU. Karlsruhe, 26. Mai. Anläßlich der Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Wirth fand gestern im Staatsministerium eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Mitgliedern des Kabinetts statt. Eingehende gegenseitige Darlegungen der Finanz- und außenpolitischen Lage ergaben vollständige Uebereinstimmung der Auffassungen. Daran schloß sich beim Staatspräsidenten in Anwesenheit des Präsidenten des Landtages, der Fraktionsführer der drei Koalitionsparteien und Vertreter der verschiedenen schaffenden Stände eine ausgiebige politische Aussprache. Hierbei begrüßte der Staatspräsident den Reichskanzler. Dr. Wirth antwortete mit einer Rede, in der er u. a. folgendes aufführte:

Ich bin nicht hierher gekommen, um Ihnen ein politisches oder wirtschaftliches Programm zu entwickeln, ich bin nach Karlsruhe gegangen, um in freier und offener Aussprache in einer ernsten Stunde zusammen mit meinen ehemaligen Ministerkollegen die politischen Fragen zu besprechen und die Richtlinien der Reichspolitik einer Kritik unterziehen zu lassen. Die Aussprache ist soeben erfolgt. Ich bin glücklich, in meiner Heimat Männer gefunden zu haben, die in allen wesentlichen Punkten mit dem einig sind, was wir in Berlin erklärt haben. Ich hoffe, daß, wenn ich in den nächsten Tagen Gelegenheit haben werde, die Regierungen weiterer Länder aufzusuchen, ich dort dieselbe einmütige Auffassung über die Notwendigkeit der Stunde finden werde. Wir haben das Ultimatum mit „Ja" beantwortet. Es war notwendig, um der Freiheit des deutschen Volkes willen. Es war ein „Ja", das ein Zeitalter der Leistungen einleiten sollte. Leistungen allein können die Welt von dem guten Willen Deutschlands überzeugen. Es gibt draußen in der Welt wohl fast niemand, der Deutschland nicht große Leistungen zutraute. Wir stellten die Tatsache fest, daß die Welt an einem wirtschaftlichen starken Deutschland glaubt und wir müssen nun auch selbst daran glauben und die Hände anlegen, um diesen Wiederaufbau zu beginnen. — In seinen weiteren Ausführungen warf der Reichskanzler einen kurzen Rückblick auf die verflossenen zwei Jahre und erklärte, es wäre Unrecht, nicht anzuerkennen, daß sich inzwischen doch einiges gebessert habe. Nichts Schrecklicheres könne man sich vorstellen, als das größte Industriegebiet Deutschlands, Rheinland-Westfalen, unter die Gewalt fremder Bajonette gestellt zu sehen. Ich glaube, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die Arbeiterschaft von Rheinland und Westfalen uns für dieses „Ja" dankbar sein wird, weil wir ihr dadurch die Möglichkeit gegeben haben, in freier Arbeit als freie politische Staatsbürger das deutsche Volk an derjenigen Stelle mit retten zu helfen, wo es am verwundbarsten ist. Wohl weiß ich, daß dieses „Ja" ungeheuerliches in sich schließt. Es muß daher an den Willen aller appelliert werden, die überhaupt den Gedanken der Freiheit in sich aufnehmen können. Die Waffen werden wir zum größten Teile aus der Hand legen, umsomehr aber werden wir in jedem Augenblick der kommenden Monate und Jahre den Standpunkt des Rechts für das deutsche Volk wir für alle Völker betonen müssen. Von diesen Gedanken ausgehend, habe ich auch im Reichstage erklärt, daß es für uns unerträglich wäre, wenn die oberschlesische Frage durch die Diktatur eines polnischen Insurgenten gelöst werden soll. Wir haben das Echo gehört, daß insbesondere aus England gekommen ist, daß mit Deutschland ein faires Spiel getrieben werden soll. Wir nehmen das Wort auf. Wir wollen unsererseits zeigen, daß wir gewillt sind, aufrecht und ehrlich auf klar vorgezeichneter Bahn Politik zu führen, unterstützt von dem größeren Teile unseres Volkes. —

Es kommen in den nächsten Wochen die Beratungen des Reichstages. Sie werden uns neue Belastungen auferlegen. Alle Kreise werden Opfer bringen müssen. Wir müssen verlangen, daß sich alle Kreise unseres Volkes, was die Lebenshaltung betrifft, in solchen Bahnen bewegen, daß es erträglich ist gegenüber den Leistungen, die alle auf sich nehmen müssen. Ich glaube es ist eine Bahn möglich, die zur Freiheit führt, aber sie führt nicht über die Schlachtfelder! Dort stehen Kreuze genug. Wir wollen nicht auf neue Kriege sinnen. Auf jeden Fall wollen wir jetzt die Freiheit suchen, die uns Arbeit gibt. Das ist ein großer Gedanke, wie man durch Arbeit zur Freiheit wieder kommen kann, zu diesem köstlichsten Gut, das der Mensch hat. Ich rufe also nicht auf zum Schmieden neuer Waffen, sondern zu dem Bekenntnis der Rechte und einem Bekenntnis zu einer großen freien Arbeitsleistung. Wir wollen sie zu organisieren versuchen. Wir wissen, was von uns verlangt wird, Geld und Sachleistungen. Es ist gewiß ein großer Teil des Volksvermögens verbraucht. Eine verständige Politik, die Produktion kräftig zu fördern und sie in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, vermag in einer Form, die erträglich erscheint, Großes zu leisten und ich sehe auch nicht ein, warum nicht aus diesen Produktionsmitteln wieder, wie es im Kriege war, große Werte heraus geschaffen werden können. Damals sind sie auf die Schlachtfelder gegangen als ein Werk der Zerstörung, als ein Werk des Schutzes der Heimat. Jetzt gehen sie zum Schutze der Heimat teilweise ins Ausland, zum Wiederaufbau Europas und der gesamten Volkswirtschaft.

Die Forderung nach Verbreiterung der Reichsregierung.

TU. Berlin, 26. Mai. Der Wunsch der Führer der Deutschen Demokratischen Partei, die Grundlage der Reichskoalition durch Vertretr der Deutschen Volkspartei im Reichskabinett verbreitert zu sehen, hat sich, wie der „Berliner Lokalanzeiger" hört, zu der Forderung verdichtet, daß das Kabinett innerhalb einer bestimmten Zeit in der angemessenen Weise vervollständigt werden müsse. Es wurde dem Reichskanzler kein Zweifel darüber gelassen, daß andernfalls der gegenwärtige Bestand des Ministeriums nicht aufrechterhalten werden kann.

Dr. L. Lübeck, 26. Mai.

Gestern sprachen wir die Ansicht und auch die Hoffnung aus, das Kabinett Wirth möge sich aus einem Notbehelf zu einem bleibenden Ministerium für stabile Gesundung der inneren und äußeren Lage Deutschlands entwickeln. Ein rein sozialistisches Kabinett wäre natürlich der Wirthschen Koalition vorzuziehen, nach Lage der Dinge ist ein solches aber heute noch unmöglich.

Wirth hat sein Kabinett zusammengestellt mit dem ausdrücklichen Zweck, die Annahme des Ultimatums zu ermöglichen und seine Durchführung mit allen Kräften zu sichern. Daß diese Aufgabe keine Kleinigkeit ist, das wußte jedermann im Reichstag. Die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Demokraten traten trotzdem in das neue Kabinett ein; mit den Stimmen der Unabhängigen, die in wesentlichen Punkten mit Wirth übereinstimmen, entstand auf diese Weise eine regierungsfähige Mehrheit.

Kaum hat sich das Gewitter des Ultimatums verzogen, kaum ist der Erfolg der Annahme in greifbare Nähe gerückt, und schon tritt eine merkwürdige Aenderung bei den Parteien ein, die sich entrüstet geweigert hatten, Ja zu sagen. Vor vier Wochen hörte man noch überall den schadenfrohen Ruf: Möge die rote Rotte und ihr Anhang doch unterschreiben; wir werden sie dafür schon durch die Gossen schleifen. Davon ist jetzt wenig mehr zu vernehmen, aus der Tiefe kommen ganz andere Stimmen, zitternd vor Angst um das schwarz-weiß-rote Heiligtum, den Geldsack: Wie wird es uns ergehen, wenn der Freund Erzbergers, Wirth, unsere Taschen untersucht, und wohin werden die Felle unserer geheiligten Vorrechte schwimmen, wenn die Sozialisten das Rückgrat der Regierung bilden?

Man lernte schnell um, und man verlangte eine Erweiterung der Regierung Wirths nach rechts, unter Hinzuziehung der Stinnes-Partei. Damit wäre der Sicherheitskoeffizient für das Kapital wieder eingeschmuggelt. Dieses Verlangen der Rechtsparteien wäre an sich gänzlich gegenstandslos, wenn nicht etwas dazu käme, das geeignet ist, die kaum behobene Regierungskrise zu einer schleichenden zu machen.

Die demokratische Partei ist bekanntlich ein Zwitter. Sie vertritt in ihrem linken Flügel den Standpunkt des Kleinbesitzes, in ihrem rechten Flügel den des Finanzkapitals. Dieser rechte Flügel hat das Ultimatum ebenso abgelehnt wie die Volkspartei; und er ist jetzt mit dem unter den Einfluß Stinnes stehenden Industriekapital darin einig, daß die Vorrechte des großen Besitzes und des Massenkapitals in keiner Weise geschmälert werden dürfen. Die demokratische Partei schließt also, wie schon so oft, einen Kompromiß und verlangt, daß die Volkspartei zur Regierung zugezogen wird, da sie sonst die Verantwortung für die Wirthsche Politik nicht mehr mittragen wolle. Das ist der Sinn der obigen Meldung.

Unser Standpunkt zu diesen Werbungen ist einfach und deshalb außerordentlich stark. Nur wer auf dem Standpunkt steht, daß die Bedingungen von London unter Heranziehung des großen Besitzes unter allen Umständen zu erfüllen sind, der ist geeignet, heute mitzuregieren. Die Zeit des Schwankens und der Halbheit ist vorbei; nur der entschlossene Weg der Wiedergutmachung führt heraus aus dem Wirrwarr der gegenwärtigen Trostlosigkeit.

Die Volkspartei ist gänzlich unfähig, sich zu einer solchen Auffassung durchzuringen. Ihr Eintritt in die Regierung würde die alten Schwankungen, die schon Simons das Genick gebrochen haben, wieder zu einer alltäglichen Erscheinung machen. Die Folge davon wäre, daß es mit Stinnes aufwärts, mit dem deutschen Volke aber abwärts ginge. Was schließlich ja auch der Zweck der Uebung war!

Schon aus diesen sachlichen Ueberlegungen ergibt sich unser Standpunkt, daß ein Zusammenarbeiten mit der Volkspartei unmöglich ist, von anderen prinzipiellen Erwägungen ganz zu schweigen.

Sollten die Demokraten auf ihrem Standpunkt beharren, und sollte das gleiche Spiel wie bei der Bildung der Regierung Stegerwald sich wieder einstellen, dann ist für uns die Zeit gekommen, eine Entscheidung herbeizuführen. Wir stehen fest hinter der Regierung Wirth, so wie sie jetzt ist; eine Verbreiterung derselben nach rechts würde uns zu einer Frontänderung zwingen. Was das bedeuten würde, ist ohne weiteres klar. Eine rein bürgerliche Regierung mit

Der Umschwung in Frankreich.

Dr. L. Lübeck, 26. Mai.

Gestern haben wir die Rede Briands in der französischen Kammer wiedergegeben, Heute liegen Meldungen vor über den Widerhall, den sie in der Pariser Presse findet, und über ihre Wirkung in London.

Frankreich hat eine ganz staunenswerte Anpassungsfähigkeit bewiesen. Es schien in seine Polentorheit verrannt bis zur Unvernunft, beinahe ebenso wie einst unsere Vaterlandspartei in ihren Siegfrieden; alle Pariser Zeitungen mit Ausnahme der Arbeiterblätter schlugen Trommel und Pauken für die starke Hand Briands gegen Deutschland, für Polen und gegen Lloyd George.

Briand hielt seine Rede, und der Sturm verrauschte. Mit einer einzigen Bemerkung bändigte der beredte Mann die Sturmgarde Poincares: Das Ruhrbecken ist noch da; aber der Weg dahin führt über die Leiche der Entente cordiale. Wer diesen Weg gehen mag, der trete an meine Stelle.

Die Kammer, in ihrer Mehrheit reaktionär und eher hinter Poincaré und Tardieu stehend, schwieg still; sie konnte sich der vernünftigen Logik Briands nicht verschließen. Seit der Unterwerfung Deutschlands ist die Lage für Frankreich eben nicht mehr in gleicher Weise einfach wie vorher. Die Gewalt hat abgewirtschaftet, die überlegende Politik tritt in ihr Recht. Der erste, der das wußte, war Briand; einige Tage hat er um diese Wahrheit mit Lloyd George und mit sich gerungen. Dann machte er entschlossen halt; und, seine großartigste Leistung, er riß Kammer und Presse auf seine neue Bahn mit. Die gestrigen Pariser Blätter, sogar der „Petit Parisien", treten für Briands Politik ein.

Vom französischen Standpunkt aus gesehen, in der Bewertung des Durchschnittsfranzosen, ist das ein geradezu ungeheurer Umschwung. Deutschland wird gut tun, diesen Umschwung zu benutzen und alles zu vermeiden, was den Chauvinismus wieder erhitzen könnte. Auch für die oberschlesische Frage kann diese Sinnesänderung von Bedeutung sein, wenn auch in diesem Punkte Paris zehnfach hartnäckig ist. Daß Frankreich gegen Polen endlich scharfe Töne findet, ist der Keim eines besseren Anfangs. Möge er durch Kanakentorheit nicht wieder zertreten werden!

Aufrichtige Töne der Befriedigung über den neuen Pariser Kurs findet die Londoner Presse.

„Daily News" schreibt, die Rede bedeute nicht nur eine entscheidende Besserung mit Bezug auf das oberschlesische Problem und so gut wie die Verzichtleistung auf die Besetzung der Ruhr, sondern auch einen Schritt vorwärts zu einem Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland.

„Times" sagt, zu der Erklärung Briands, daß die Aufrechterhaltung der Union zwischen Großbritannien und Frankreich die Grundlage seiner Politik sei, werde das englische Volk ebenso treu stehen. Das einzige, was sein festes Vertrauen darin stören könne, werde sein, wenn eins der beiden Länder von dieser Politik absehe in Verfolgung von Zielen und Bestrebungen, die die Vernunft und das moralische Urteil verdammen.

„Daily Chronicle" schreibt, Briand scheine seine gewohnte Geschicklichkeit bewiesen zu haben. Das Blatt hofft, daß Briand in seinem Widerstand gegen die Mitglieder des Parlaments, die ihn zu einer Besetzung des Ruhrgebietes bewegen wollen, weiterhin fest bleiben werde. Keine Entente könne eine neue Besetzung des Ruhrgebietes überleben.

•

Das Vertrauensvotum für Briand.

TU. Paris, 25. Mai. Das „Journal" schreibt über die Lage des Kabinetts Briand nach der gestrigen Kammersitzung: Das Kabinett Briand kan mit einer sicheren Mehrheit rechnen, die von seinen Freunden auf 380 bis 400 Stimmen eingeschätzt wird. Die Republikaner der Linken und die radikalen Sozialisten, für die der Abgeordnete Herriot sprechen wird, haben beschlossen, Briand das Vertrauen izu gewähren. Der Abgeordnete Herriot wird vor der Abstimmung eine Erklärung abgeben und die Gründe mitteilen, weshalb die radikale Partei Briand noch einmal das Vertrauen bewilligt. Anderseits hat die Gruppe der republikanischen Entente (Nationaler Block) auf Grund der gestrigen Unterredung mit Briand beschlossen, eine Vertrauens-Tagesordnung für das Kabinett einzuringen.

Paris, 25. Mai. Französische Nachrichtenstellen melden: Im gleichen Augenblick, als Frankreich eine diplomatische Aktion bei der deutschen Regierung unternahm, hat sie durch den französischen Botschafter in Warschau dringende Schritte bei der polnischen Regierung veranlaßt. Polen ist aufgefordert worden, dieselben Maßnahmen zu treffen wie diejenigen, die von Deutschland verlangt worden sind. In den letzten Tagen haben zwei polnische Ueberfälle in Oberschlesien stattgefunden, der eine bei Streckwitz, der andere bei Landsberg; das beweist, daß die polnischen Grenzen nicht geschlossen sind. Polen ist deshalb aufgefordert worden, Maßnahmen zu treffen, um die Wiederholung solcher Zwischenfälle zu verhindern, die Grenze zu schließen und die Banden aufzulösen, deren Bildung die Verantwortlichkeit der polnischen Regierung in ernstester Weise bloßstelle.

(Weitere Meldungen hinter dem Leitartikel.)

unmöglicher Zusammensetzung; dann das Festfahren in die bekannte Sackgasse, und dicht vor dem Abgrund wieder der Appell an die Sozialdemokratie, sich noch einmal zu opfern. Wir bedanken uns für diese Rolle!

Wir könnten uns wohl denken, daß Breitscheid eines Tages unser Koalitionsfreund sein wird, niemals aber Stinnes und Stresemann. Sollten die Demokraten auf ihrem Standpunkt bestehen, so wird möglicherweise der einzige Ausweg die Auflösung des Reichstages sein. Zwar halten wir Neuwahlen für reichlich überflüssig, aber wir fürchten sie nicht. Die Masse der Einsichtigen wird unsere bestimmte und selbstlose Politik zu schätzen wissen, und auf die Törichten verzichten wir gerne. Mögen sich diese auch weiterhin unter dem schwarz-weiß-roten Fähnlein der Schlagworte und des Eigennutzes zusammenfinden.

Englands Haltung in Oberschlesien.

Paris, 25. Mai. Der Londoner Berichterstatter des „Matin" legt die Ansicht dar, die die englische Regierung in der oberschlesischen Frage vertritt. Er erklärt, daß man die Haltung Englands wohl als den Beginn einer Entspannung zwischen Frankreich und England ansehen könne. In Frankreich aber darf man nicht übersehen, daß die englische Haltung durch zwei Gründe bestimmt ist, die aber in französischen und polnischen Ohren keineswegs angenehmen Klang besitzen dürften. England habe absolut kein Vertrauen zu der polnischen Verwaltung und Finanzgebarung und glaube nicht an ein starkes und lebensfähiges Polen. Die englische Politik bestrebe sich, durch ein starkes Mitteleuropa ein Gegengewicht für Rußland zu schaffen. Man denke aber dabei nicht so sehr an das Rußland von heute, als vielmehr an das der Zukunft. Englands Kontinentalpolitik rechnet daher nicht mit Polen, sondern wünscht ein starkes Deutschland, das stark und mächtig genug sein solle, allerdings nicht so sehr als 1914, um Rußland ein Gegengewicht bieten zu können. Aehnliche Gedanken habe Churchill der übrigens zum Lord of Appiel ernannt worden ist, wiederholt geäußert, und sie erklären das Eintreten Englands für eine Zuweisung des Industriegebietes von Oberschlesien an Deutschland.

Der Kampf um die Grenzlinie.

London, 25. Mai. In dem diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph" heißt es, die Antwortnote der deutschen Regierung in der oberschlesischen Frage werde in britischen Kreisen nicht nur als sehr geschickt, sondern auch als in den meisten Fällen ungewöhnlich überzeugend angesehen. Wie es in dem Bericht heißt, sei eine Meldung, wonach die von dem Grafen Sforza vorgeschlagene Grenzlinie in Oberschlesien den Polen mehr entgegenkomme als die vom General de Marini vorgeschlagene Linie, durch Bemerkungen bestätigt worden, die der italienische Minister des Auswärtigen vor kurzem gegenüber dem britischen Botschafter in Rom machte.

London, 25. Mai. Der Vollzugsausschuß des internationalen Schiedsgerichts in London hat eine Entschließung angenommen, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, die britische Regierung werde nicht zulassen, daß Deutschland aus irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen der Ergebnisse der großen Mehrheit beraubt werde, die sich bei der Volksabstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ergeben habe, da die Abtretung von Gebietsteilen, die seit Jahrhunderten deutsch gewesen seien, an Polen infolge einzelner Mehrheiten in gewissen Gemeinden verkehrt und voller Gefahren für die zukünftige Wohlfahrt Europas sein würde. Der Ausschuß erklärt, die Zeit sei gekommen, wo alle aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Fragen dem Völkerbund überwiesen werden müßten.

Die gegenwärtige Lage im Aufstandsgebiet.

Nach in Berlin vorliegenden Nachrichten aus Oberschlesien bestätigt sich die Räumung Landsbergs durch die Insurgenten. Die Plünderungen der Polen sind dort überaus groß. Eine große Anzahl Oberschlesier ist verschleppt. Sämtliches Vieh wurde von den Polen weggetrieben. Bei einem zurückgeschlagenen Angriff auf Groß-Stein mußten die Polen einen Panzerzug zurücklassen, der mit einem 10,5-Zentimeter- und einem 7,5-Zentimeter-Geschütz bestückt war. Bei Leschnitz haben neue polnische Angriffe stattgefunden. Der Ort ist gestern wiederholt von polnischer Artillerie beschossen worden. Die Lage in der oberschlesischen Industrie ist überaus trostlos. Die Produktion ist auf etwa 50 v. H. herabgesunken. Zahlreiche Werke werden infolge Rohstoffmangels noch in dieser Woche schließen müssen. Die Folge wird ungeheure Arbeitslosigkeit sein. Auch die Bergwerke werden, wenn die Zustände andauern, in etwa zwei Wochen zum Erliegen kommen müssen, weil sie keinen Platz mehr für die geförderten Kohlen haben. Der Abtransport der Kohle versagt vollkommen.

Wie die „Freiheit" erfährt, hat sich die Interalliierte Kommission nach dem Gefangenenlager Nielow bei Kottbus begeben, um dort festzustellen, welche Bewandtnis es mit der Internierung der polnischen Oberschlesier, die durch den deutschen Selbstschutz bei den Kämpfen mit den polnischen Insurgenten gefangen genommen wurden, auf sich hat.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes" wurde in Berlin ein gewisser Wentscher, der versuchte, ehemalige Baltikumtruppen für Oberschlesien anzuwerben, auf Anordnung der Reichsregierung verhaftet.

Myslowitz besetzt, Kattowitz noch nicht in polnischen Händen.

TU. Breslau, 26. Mai. (Berl. Tagebl.) Die Gefahr ist sehr groß, daß auch die großen Städte des Industriegebietes bald den Polen in die Hände fallen werden. Das Gerücht, das Kattowitz bereits übergeben sei, bestätigt sich vorläufig nicht. Die Franzosen haben jedoch im Kreise Kattowitz ihre Außenpostierungen zurückgezogen und nach der Stadt konzentriert. Myslowitz ist von den Franzosen geräumt und von den Insurgenten besetzt worden. Bei den zahlreichen Einzelgefechten befand sich auch gestern der deutsche Selbstschutz stets in der Abwehr schwerer polnischer Angriffe. Bei Kattowitz schossen die Polen 30 Minen und machten einen vergeblichen Angriff. Ein polnischer Panzerzug griff die Stellung des Selbstschutzes bei Neudorf an, wurde aber zurückgeschlagen.

Die deutsche Verteidigungslinie in Oberschlesien.

TU. Breslau, 26. Mai. Wie die „Schlesische Zeitung" berichtet, verläuft die Linie, die vom deutschen oberschlesischen Selbstschutz gehalten wird, von Sophienberg westlich von Landsberg über Busow-Alt-Rosenberg nach Waschow.

Der Kampf um die Einwohnerwehren.

München, 25. Mai. Der gestern abend abgehaltene Ministerrat über die Einwohnerwehrfrage hat sich bis in die späten Abendstunden hingezogen und, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" zu berichten wissen, wohl zu Richtlinien, aber noch nicht zu endgültigen Beschlüssen geführt. Heute vormittag finden zunächst mit den Parteien Besprechungen statt, auch mit der Reichsregierung wird noch ein Meinungsaustausch gepflogen. Die Erledigung und Lösung der ganzen Angelegenheit ist in den allernächsten Tagen zu erwarten.

In Uebereinstimmung mit den eigenen Informationen aus zuverlässiger Quelle berichtet die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, daß man in Regierungskreisen das feste Vertrauen habe, daß in der Einwohnerwehrfrage im Einvernehmen mit der Reichsregierung eine Lösung gefunden wird, die der gegenwärtigen Lage und den Interessen des Landes gerecht wird. Die „München-Augsburger Abendzeitung" teilt mit, daß die Fortsetzung der Ministerratsbesprechung schon für Freitag in Aussicht genommen ist.

Bayern und die Entwaffnungsfrage.

TU. München, 26. Mai. In der Aussprache der Entwaffnungsfrage mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien ergab sich gestern völlige Uebereinstimmung darüber, daß die Entwaffnung durchaus in Uebereinstimmung mit den Forderungen der Entente stattfinden müsse.

Das deutsche Wiederaufbaugebiet in Nordfrankreich.

Paris, 26. Mai. Briand empfing gestern eine Abordnung von Vertretern des verwüsteten Gebiets, die Vorschläge für die Beschleunigung des Wiederaufbaues unterbreiteten. — Dem „Intransigeanten" zufolge denkt Loucheur daran, Deutschland mit dem gesamten Wiederaufbau im Ancretal zwischen Arras und Amiens zu betrauen. Die deutschen Sachverständigen sollen eingeladen werden, das in Frage kommende Gebiet zu besichtigen.

Wiedereröffnung der russischen Banken?

TU. London, 25. Mai. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß im Obersten Oekonomierat in Moskau die Notwendigkeit der Wiedereröffnung der russischen Banken betont wurde. Es wurde dabei insbesondere an Banken mit Filialen im Ausland gedacht.

Kleine politische Nachrichten.

Die Wahlen für das neue nördliche Parlament von Irland haben heute in Ulster stattgefunden.

Orgesch entlarvt.

Das Geständnis eines Offiziers. — Diebstahl beschlagnahmter Waffenlager. — Bewaffnete Geheimverbindungen überall.

Das thüringische Staatsministerium des Innern teilt amtlich mit: Am 20. Mai wurde in Weimar auf Antrag des thüringischen Ministeriums des Innern der Hauptmann a. D. Wolf v. Werder, zurzeit wohnhaft in Friedrichsroda i. Thür., durch die Staatsanwaltschaft in Haft genommen.

Herr v. Werder hatte an eine im Ausland wohnende Freundin, die Baronin R., einen von der Postüberwachungsstelle geöffneten Brief gerichtet, in welchem folgende Stelle vorkam:

„Ich bleibe vorläufig hier! Ich bekam von unserer Organisation noch zwei Monate Gehalt, weil ich ein beschlagnahmtes Waffenlager wiedergeholt habe. Mit falscher Reichswehr im Auto, ein Film, der mir viel Spaß gemacht hat. Meine Aufgabe in P. ist vollendet. Ich habe einige Aussicht, jetzt zur Gruppenleitung nach Bremen zu kommen."

Der Herr Reichskommissar für die Entwaffnung in Berlin, hatte diese Briefstelle hierher mit der Bitte um Untersuchung der Angelegenheit übermittelt. In seiner Vernehmung im Ministerium des Innern hat Herr v. Werder u. a. erklärt: er sei **Mitglied der Orgesch** und für diese in der **Provinz Hannover zirka ein halbes Jahr tätig gewesen.** Von einer Waffenverschiebung sei ihm etwas bekannt, er habe dieselbe jedoch nicht selbst ausgeführt. **Ein in einem Dorfe der Provinz Hannover bereits behördlich beschlagnahmtes Waffenlager sei von Offizieren a. D., die einer Selbstschutzorganisation angehörten, unter Zuhilfenahme von Reichswehruniformen und mit Hilfe von Studenten, die als Reichswehrsoldaten verkleidet waren, im Lastauto der Beschlagnahme wieder entführt und einer bewaffneten Geheimverbindung, seines Wissens in Hamburg zugeführt worden.** Die betreffenden Offiziere hätten ihm diese Begebenheit bezw. schon ihr Vorhaben vor der Ausführung im Hotel Bristol in Hannover erzählt. Herr v. Werder hat weiter Mitteilung gemacht, die weiteste Kreise interessieren dürften. [redacted] gab an, daß **solche Waffenschiebungen geheimer Organisationen,** nach seiner Kenntnis, **häufig vorkommen.** Die Veranstalter solcher Waffenschiebungen reisten in der Regel **unter falschem Namen.** Auch in dem mitgeteilten Falle hätten **die betreffenden Offiziere sich falsche Namen beigelegt.** Seiner Freundin gegenüber will Herr v. Werder mit seiner Teilnahme an der betreffenden Waffenschiebung lediglich renommiert haben. (!!)

Werder erzählte noch beiläufig, **in Hannover läge eine große Waffenreserve, die der Orgesch und den ihr verwandten Organisationen im Bedarfsfalle zur Verfügung stünde.** Bei der Gründung von Lokalorganisationen der Orgesch seien **die Mitglieder ausdrücklich darauf hingewiesen worden.**

In seiner Vernehmung sagte er weiter aus, daß **er sich mit der Absicht getragen habe,** in allernächster Zeit nach Schlesien zu gehen, wo, wie ihm von befreundeten Offizieren mitgeteilt worden sei, **schon mehrere tausend Offiziere der Orgesch versammelt seien.**

Eine Haftbeschwerde **des Herrn v. Werder wurde von** der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Weimar abgelehnt. Er wird der für seinen Wohnort zuständigen Staatsanwaltschaft in Gotha zugeführt werden.

Es wird gebeten, Mitteilungen, die zur **völligen Aufhellung** der anscheinend in großem Maßstabe betriebenen Waffenschiebungen beitragen können, an das thüringische Ministerium des Innern oder an die Staatsanwaltschaft in Gotha gelangen zu lassen.

*

Wenn die Herren Escherich und Genossen mit Biedermannsmiene über die vollendete „Harmlosigkeit" der Orgesch salbadern, so haben wir in dieser Aussage eines adligen Offiziers die Illustration dazu. Sie zeigt **das wahre Gesicht der militärischen Verschwörerbande,** die für ihre Zwecke vor keinem Verbrechen der Fälschung, der Amtsanmaßung, des Betruges und Diebstahls zurückschreckt, die **eine illegale Macht im Staate darstellt,** wie sie sich kein Staatswesen gefallen lassen kann.

Es ist jetzt der Beweis erbracht, daß die Orgesch in **höchstem** Maße **den Strafgesetzen zuwiderläuft,** daß sie auf den verfassungsrechtlichen Schutz der Vereinsfreiheit **nicht den mindesten Anspruch** hat, daß es nicht nur Recht, sondern **heiligste Pflicht der Behörden** ist, diese bewaffnete Verschwörergesellschaft **unschädlich zu machen** und zu verbieten.

Der Kriegsverbrecherprozeß.

Zweiter Verhandlungstag.

Leipzig, 24. Mai. Die Sitzung des zweiten Verhandlungstages beginnt mit der Vernehmung des Lagerverwalters Heinrich Murken. Er war Wachtposten in dem Lager Herne. Nach seiner Aussage war der Angeklagte sehr pflichteifrig und streng gegen alle und infolge seiner Forschheit nicht ganz geeignet für den ihm anvertrauten Posten. Er erinnert sich, daß der Angeklagte dem Zeugen Jones auf die geschwollene Backe geschlagen hat.

Der Obersteiger Wilhelm Haupt aus Herne, der als Zechenbeamter tätig war, hat von Mißhandlungen nichts gesehen, ebensowenig der Steiger Ernst Wallberg aus Herne und der Fahrsteiger Heinrich Steveling.

Der Knappschaftsarzt, Sanitätsrat Dr. Wilhelm Krauß aus Herne, hat die Leute, die sich krank meldeten, stets untersucht. Kranke wurden von der Arbeit befreit. Die Krankmeldungen waren anfangs außerordentlich zahlreich. Wer über 37 Grad Temperatur hatte, wurde sofort in Behandlung genommen und von der Arbeit befreit, wer über 38 Grad hatte, kam nach dem Stammlager Münster.

Maschinenmeister Wilhelm Horstmann aus Herne, Zechenbeamter in leitender Stellung, bekundet, von Mißhandlungen oder Vergehen des Angeklagten nichts gehört zu haben. Auch die übrigen Zeugen vermögen keine Angaben besonderer Art zu machen.

Der Sachverständige General v. Fransecky gibt zu, daß es nicht immer möglich war, bei Errichtung neuer Kommandos genaue Instruktionen zu erteilen. Bei der Sinnesart der Kriegsgefangenen mußte der Angeklagte mit allen Mitteln zu Werke gehen, um eine Meuterei zu unterdrücken. In dieser Lage habe der Angeklagte auch von der Waffe Gebrauch machen dürfen.

Der Präsident erklärt hierauf, daß die Beweisaufnahme geschlossen ist. Die Verhandlung wird gegen 8¾ Uhr auf morgen 10 Uhr vertagt.

Die weiteren englischen Zeugen Mr. Donald und Henry John Raybould sind wegen Verweigerung der Arbeit von dem Angeklagten ins Gesicht geschlagen und mit dem Fuß gestoßen worden. Thomas Ford gibt an, daß ihm von einem Steiger gesagt worden sei, der Angeklagte wünsche, daß die Gefangenen schlecht behandelt werden sollen. Schlechte Arbeiter sollten geschlagen werden. Als er sich krank meldete, habe er sich ausziehen müssen und sei mit einem Stock oder mit einem Gummischlauch geschlagen worden. Im weiteren Verlauf klärte sich auf, daß bei einer Londoner Vernehmung eine Verwechslung zu der irrtümlichen Annahme geführt hat, er sei an einen Pfosten gebunden worden. Darauf wird Vernehmung der englischen Zeugen geschlossen.

Der Arbeiter Heinrich Winkes aus Uerdingen war als Landsturmmann ausgebildet und kam als Wachposten im Oktober 1915 nach Herne. Er bestätigt den Widerstand der Gefangenen, im Bergwerk zu arbeiten. Sie hatten Anweisungen, sie zur Arbeit anzuhalten. Infolgedessen ist auf Anordnung des Angeklagten das Seitengewehr aufgepflanzt und scharf geladen worden. **Mit dem Bajonett aber ist nicht geschlagen worden, höchstens mit dem Kolben.** Blut sei nicht geflossen. Die Krankmeldungen der Gefangenen sind nach der Aussage des Zeugen häufig gewesen, vielfach hätte der Arzt dann gesagt, die Leute seien gar nicht krank, sie wollten nur nicht arbeiten.

Leipzig, 25. Mai. (Drahtbericht.) **Der dritte Verhandlungstag bringt das Plädoyer des Oberreichsanwalts Dr. Ebermayer.**

Der Vertreter der Anklage nimmt zunächst Bezug auf die Worte des Präsidenten und betont, wie auch er auf dem Standpunkt stehe, daß **wir uns durch keinerlei politische Rücksichten weder zugunsten noch zuungunsten des Angeklagten** bestimmen lassen dürften. Der Angeklagte hatte mit schwierigen Umständen zu kämpfen. Die Gefangenen weigerten sich gleich zu Anfang, in dem Bergwerk zu arbeiten. Es ist deshalb zuzugeben, daß er strenge Disziplin halten mußte. Trotzdem aber ist sein Vorgehen nicht immer zu rechtfertigen. Wir haben selbst aus dem Munde deutscher Zeugen gehört, **daß das Vorgehen des Angeklagten roh, unerhört und nicht mehr zum Ansehen gewesen sei.** Es bleibt nun für die Frage, ob der Angeklagte das Recht hatte, mit der Waffe vorzugehen, die Bestimmung des § 124 des Militärstrafgesetzbuches maßgebend. Die erste Voraussetzung in dieser Beziehung ist ein Angriff auf die Person des Angeklagten. Die weitere Voraussetzung ist das Erfordernis, seinen Befehlen in dringendster Not und äußerster Gefahr zur Durchführung verhelfen zu müssen. Alle Fälle körperlicher Angriffe, wo diese Voraussetzungen nicht vorgelegen haben, müssen als Mißhandlungen angesehen werden. Zur Anwendung zu bringen sind wegen der Mißhandlungen die §§ 121, 122 des Militärstrafgesetzbuches, außer 155. Untersucht man nun die Fälle im einzelnen, so ergibt sich, **daß die Voraussetzungen des § 124 nicht immer gegeben waren.** Es lag in zahlreichen Fällen **kein Anlaß vor, von der Waffe Gebrauch zu machen,** weder mit dem Kolben, noch mit dem Seitengewehr vorzugehen, oder mit der Faust zu Mißhandlungen zu schreiten.

Auch bei den Vorgängen am Morgen des 15. Oktober lagen die Umstände nicht so, daß wegen der einsetzenden Meuterei der Waffengebrauch geboten war. Hierauf spricht der Oberreichsanwalt die einzelnen Fälle der Mißhandlungen durch und hebt hervor, daß er besonders die Mißhandlung der sich krank meldenden Leute mit Schlägen und Fußtritten verurteilen müsse. Eine ganze Reihe von Fällen läßt er fallen, da bei ihnen die behaupteten Beschuldigungen nicht erwiesen sind. Dagegen hält er die Anklage wegen Beleidigung durch die Ausdrücke „Schweinehund" und „englisches Schwein" aufrecht. Für die übrigbleibenden Fälle sind die schon erwähnten Gesetzesstellen in Anwendung zu bringen. Der Oberreichsanwalt betrachtet die verschiedenen Straffälle als eine einheitliche Handlung und **beantragt eine Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis.**

Hierauf tritt eine Pause ein.

Nach der Pause erhielt der erste Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Cüppers aus Düsseldorf, das Wort. Er charakterisierte den Angeklagten als einen pflichttreuen Soldaten, der streng sein mußte, um die Disziplin aufrechtzuerhalten und um zu verhindern, daß die widerspenstigen Gefangenen nicht „Schindluder" mit ihm trieben. Hierauf trat er den Ausführungen des Oberreichsanwalts insoweit entgegen, als dieser das Vorliegen „dringender Gefahr" und „äußerster Not" als Grund für die Eingriffe des Angeklagten verneint hat. Der Angeklagte habe unbedingt mit Gewaltmitteln vorgehen müssen, weil im anderen Falle bei den Gefangenen nichts zu erreichen gewesen sei. Alle Fälle seien deshalb nicht als Mißhandlungen anzusehen, sondern als notwendige Eingriffe des Angeklagten zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Unterdrückung von Meutereien. **Selbstverständlich sei, daß der Angeklagte nicht wie ein Offizier zum Degen gegriffen, sondern sich mit der Faust und dem Gewehrkolben Respekt verschafft habe.** Das vorgeschlagene Strafmaß bezeichnet der Verteidiger als weit über das Ziel der Gerechtigkeit hinausgehend. Der Angeklagte habe sich stets als pflichttreuer Soldat gezeigt. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände und Verhältnisse bezeichnete der Verteidiger die Anwendung von Festungshaft als hinreichend.

Heute abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus

Öffentliche Volksversammlung.

Der frühere preußische Ministerpräsident **Otto Braun** spricht über:

„Das Gebot der Stunde“.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 26. Mai.

Ortskrankenkasse.

Eine ordentliche Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurde am Mittwoch in der Schiffergesellschaft abgehalten. Sie befaßte sich mit dem Geschäftsberichte für 1920, der Krankenordnung und Satzungsänderungen. Eingangs der Verhandlungen widmete der Vorsitzende des Ausschusses, Senator Löwigt, dem Vorstandsmitglied Joh. Körner für dessen 25jährige Tätigkeit im Interesse der Kasse Worte der Anerkennung. Bei der Beratung des Geschäftsberichtes wurde u. a. mitgeteilt, daß die Neuwahlen für den Ausschuß im August oder September stattfinden sollen. Bei den 40 000 Kassenmitgliedern wird die Listenaufstellung usw. eine Unmenge Arbeit verursachen. Es soll aber eine Vereinfachung des Wahlvorganges dadurch versucht werden, daß sich der Vorstand mit den Spitzenorganisationen über die Delegiertenzuerteilung verständigt. Da die Wohnungsmisere hauptsächlich bei Krankheitsfällen kraß in Erscheinung tritt, wurde aus der Versammlung heraus ersucht, ein wachsames Auge darauf zu richten. Wie Herr Direktor Oberländer mitteilte, sind die Kontrolleure angewiesen worden, mißliche Wohnungszustände zu melden, worauf dem Wohnungsamt Mitteilung gemacht wurde. Ferner wurde die Zahnarzt- und Dentistenfrage besprochen. Der Vorstand wird bei weiteren Verhandlungen mit den Zahnärzten dem Wunsche nachkommen, und versuchen, auch tüchtige Dentisten in die Praxis einzubeziehen. Ebenso soll versucht werden, mit den Hebammen einen einheitlichen Tarifabschluß herbeizuführen. Auf eine Anfrage wurde von ärztlicher Seite erwidert, daß der an den Aerzteverein abzuliefernde 5-Pfg.-Beitrag wahrscheinlich 1923 erledigt sein wird. Gefordert wurde, an Stelle von Medizin mehr Milch zu verschreiben und die Fristdauer zu verlängern. Im Bedürfnisfall soll dieser Wunsch nach Möglichkeit erfüllt werden. Der Geschäftsbericht wurde genehmigt. — Die Krankenordnung hat prinzipielle Aenderungen nicht erfahren. Sie sieht jedoch vor allem vor, daß Arztbesuche, die noch an demselben Tage bei den Kranken gemacht werden sollen, spätestens bis 9 Uhr vormittags bestellt werden müssen. Mehrkosten, die durch unzeitige Inanspruchnahme des Arztes durch Selbstverschulden entstehen, müssen von den Mitgliedern der Kasse wieder ersetzt werden. Gefordert und zugesagt wurde, in besonders gearteten Fällen dem Mitglied beim Arztwechsel keine Schwierigkeiten zu machen. Die Auszahlung des Krankengeldes wird wie bisher am Sonnabend erfolgen. Säumige können das Krankengeld noch am Montag erhalten und Wiedergenesene erhalten es sofort bei der Gesundmeldung. Die Krankenordnung wurde genehmigt. — Zu den vorgesehenen Satzungsänderungen machte der Vorsitzende, Herr Joh. Körner, einige einleitende Bemerkungen. Er wies auf die gewaltig gestiegenen und noch steigenden Ausgaben für die Krankenhausbehandlung hin, betonte, daß die Verwaltungskosten etwa 400 000 Mk., das Arztpauschale 160 000 Mk., auswärtige Arzt- und Kurkosten etwa 80 000 Mk. mehr erforderten und daß für die Wochenhilfe etwa 125 000 Mk. eingesetzt werden müßten. Der Betrag für besondere Heilmittel wird von 200 auf 300 Mk. erhöht, das Sterbegeld verdoppelt (Kostenerfordernis 100 000 Mk.) usw. Für Wöchnerinnen, die bis 26 Wochen stillen, werden 100 Mk. Prämie ausgesetzt. Alle Mehrkosten zusammen sind mit 1 475 000 Mk. veranschlagt. Der allgemeine Wunsch der Ausschußmitglieder konzentrierte sich auf eine notwendige Erhöhung des Krankengeldes. Vom Vorstand wurde gewünscht, erst einmal ein Jahr ruhiger Geschäftsentwicklung abzuwarten, denn es stehe noch nicht fest, ob wir den günstigen Gesundheitszustand der Mitglieder auch beibehalten würden. Man dürfe nicht vergessen, daß die niedrigeren Klassen von den höheren zehrten und daß unter den 40 000 Mitgliedern nicht alle das Wohl der Kasse zur Richtschnur nehmen. Schließlich wurde aber doch der Antrag von Herrn Adolf Löwigt gegen die Stimmen der Unternehmerdelegierten angenommen, das Krankengeld um zehn Prozent zu erhöhen. Der Wunsch, das Krankengeld vom 1. Tag der Krankmeldung zu bezahlen, konnte der Konsequenzen wegen nicht erfüllt werden. Die hiesige Ortskrankenkasse steht mit der Bezahlung vom 2. Krankheitstag ab mit an erster Stelle, viele Kassen gewähren erst vom 4. Tage an Krankengeld. Die Satzungsänderungen wurden genehmigt. — Ein Schreiben von Moislinger Kassenmitgliedern forderte Errichtung einer Hebe- und Meldestelle in Moisling. Es wurde darin auch Beschwerde geführt über die Regelung der Arztfrage und ferner wurde Vertretung im Ausschuß gewünscht. Bei den Neuwahlen wird dieser Wunsch erfüllt. Ueber die Beschwerde wurde vom Vorstand Auskunft gegeben und ihm das Schriftstück überwiesen. — Der Vorstand wird auch noch einmal prüfen, inwieweit dem Wunsche nach Beihilfen für die Zahnheilpflege von Familienangehörigen entsprochen werden kann.

*

Konkurrenzneid.

Der hanseatische Detailhandel hatte am 10. Mai in Bremen eine Zusammenkunft, deren Ergebnisse erst jetzt bekannt gemacht werden. Man verpflichtete sich, die Feindbundwaren zu boykottieren, forderte Wiedereinführung des Bankgeheimnisses und beschwerte sich über die Schädigung des Einzelhandels durch die Industrie. Es ist da folgende schöne Stelle zu lesen:

„Es steht nun fest, daß auf dem Rohstoffmarkt **viele Waren während eines längeren Zeitraumes stark im Preise zurückgegangen sind**, daß aber **die Fertigerzeugnisse teilweise im Preise nicht gesenkt, sondern sogar erhöht sind.** Wenn der Einzelhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages auch nicht verkennt, daß es der Industrie gewisse Schwierigkeiten bereitet, die Preise für Fertigerzeugnisse baldigst den Rohstoffpreisen anzupassen, so bleibt doch der Eindruck bestehen, daß von manchen Industriezweigen nicht alles geschieht, um diesen Anpassungsvorgang zu beschleunigen.“

Durch den Vorsatz, für Boykottierung der Feindbundwaren einzutreten, unterstützen die Protestierenden ja gerade das verderbliche Wirken der Industriemagnaten auf Preissteigerungen und der Wunsch, die Preise für Fertigerzeugnisse der sinkenden Tendenz des Weltmarktes anzunähern, bleibt nur eine leere Redensart.

Das Schlimmste leisten sich die Vertreter des Detailhandels aber durch ihre blinde Hetze gegen die Konsumvereine. Der beachtenswerte Passus lautet:

„Die amtlichen hanseatischen Einzelhandelsvertretungen sprechen die Erwartung aus, daß die in verschiedenen Steuergesetzen enthaltenen Bevorzugungen der Genossenschaften, insbesondere der Konsumvereine, auf dasjenige Maß zurückgeführt werden, welches dem Einzelhandel einen Wettbewerb unter gleichen Bedingungen gestattet. In wirtschaftlicher Beziehung verlangen sie, daß jede behördliche Unterstützung der Konsumvereine, namentlich von seiten maßgebender Reichsbehörden, unterbleibt.“

Den Beweis für diese Behauptung werden die Verfasser erst noch zu erbringen haben. Uns ist es ganz neu, daß die Konsumvereine im Reiche steuerlich und wirtschaftlich bevorzugt sein sollen. Früher war bekanntlich das Gegenteil der Fall und damals haben die Detaillisten der künstlichen Niederhaltung der Konsumvereine nicht nur zugestimmt, sondern sie waren die Aufpeitscher der Regierungsmaßnahmen. Die Bevorzugung der Konsumvereine ist natürlich Unsinn. Sie werden wie jeder andere steuerlich belastet. So zahlte z. B. der Konsumverein für Lübeck und Umgegend im verflossenen Jahre ohne Grund- und Gebäudesteuer rund 550 000 Mk. an allgemeinen Steuern. Wir werden auf diese Vorwürfe der hanseatischen Detaillisten noch zurückkommen.

*

Kriegsgefangenenfürsorge. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene, die nunmehr dem Reichsfinanzministerium angegliedert ist, hat Mittel zur Verteilung an heimgekehrte Kriegsgefangene ausgeworfen, die nach bestimmten Richtlinien verteilt werden sollen. Unter den ehemaligen Kriegsgefangenen ist die Meinung vertreten, daß alle Heimkehrer ihre für die Zeit der Kriegsgefangenschaft in Betracht kommende Löhnung ausgezahlt erhalten. Diese Ansicht trifft nicht zu. Es sollen vielmehr lediglich aus Billigkeitsgründen Löhnungsbeihilfen gewährt werden, auf welche ein Rechtsanspruch nicht besteht. Diese Löhnungsbeihilfen sollen in allen Fällen gewährt werden, in denen eine begründete Unterstützungsbedürftigkeit des Kriegsgefangenen bei seiner Heimkehr von dem zuständigen Hilfsausschuß der Kriegsgefangenenheimkehrstelle anerkannt wurde, sofern der jetzt erbetene Betrag damals zur Bestreitung des Lebensunterhalts der Angehörigen oder des Kriegsgefangenen selbst erforderlich war. Die weiteren erschwerenden Voraussetzungen für die Bewilligung, wie sie früher nachgewiesen werden mußten, brauchen nicht vorzuliegen. Soweit Anträge auf Löhnungsbeihilfen bisher aus wirtschaftlichen Gründen von den Behörden abgelehnt sind, bleibt es dabei. Dagegen können nicht rechtzeitig eingereichte Anträge auf Löhnungsbeihilfen und andere Anträge ehemaliger Kriegsgefangener, sofern den Gefangenen nach glaublicher Versicherung die Bestimmungen über Nachzahlung der Löhnungsbeihilfen nicht bekannt gegeben worden sind, gestellt werden. Nur Anträge der erwähnten Art sind grundsätzlich zu berücksichtigen. Es sind ferner sämtliche Antragsteller, die vor dem 9. November 1918 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind, mit ihren Ansprüchen abzuweisen. Es sollen weiterhin denjenigen Gefangenen, denen bei der Gefangennahme Gegenstände und Barsummen abgenommen sind, in etwas weiterem Umfange als bisher, gleichfalls Beihilfen zum Wertersatz gewährt werden. Ferner sei darauf hingewiesen, daß denjenigen Kriegsgefangenen, welche trotz der gewährten wirtschaftlichen Beihilfe sich noch in einer ganz besonders schwierigen wirtschaftlichen Notlage befinden, in gewissen Grenzen ein weiterer einmaliger Betrag gezahlt werden kann. Als besondere Notlage gelten jedoch nur Siechtum, unverschuldete längere Arbeitslosigkeit, Krankheit des Ernährers oder besonders schwere Krankheitsfälle in der Familie, sowie sonstige begründete nachzuweisende schwere durch die Kriegsgefangenenschaft hervorgerufene wirtschaftliche Umstände, des Heimkehrers. Die Anträge sind im Wohlfahrtsamt, Zimmer 14, 1. Stock, am besten zwischen 9—1 Uhr zu Protokoll zu geben.

Erster Reichs-Arbeiter-Sporttag am 29. Mai.

Dem Volke gilt's, wenn wir zu spielen scheinen!

Zum ersten Male stehen die gesamten Arbeitersportler Deutschlands auf dem Plan, um von ihrer Stärke und von ihrem Können Zeugnis zu geben, aber auch für ihre Forderungen die Allgemeinheit und die Behörden in Staat und Gemeinden anzurufen. Der deutsche Arbeitersport ist zu einer Macht geworden, an seinen Forderungen kann die Oeffentlichkeit nicht mehr achtlos vorübergehen. Nichts fordert er für sich, alles für das Volk und seine gefährdete Jugend.

Heraus Ihr Arbeitersportler!

Schließt die Reihen! Der Ruf ertönt!

Für Volkskraft! Für Volksgesundheit!

Tretet ein in die Werbung auf den Arbeitsplätzen, Ihr Turner, Fußballspieler, Radfahrer, Ruderer, Athleten, Naturfreunde!

Stimmt an das Sturmlied, Ihr Arbeitersänger!

Helft mit Ihr Jugendlichen, Ihr Knaben und Mädchen! Holt Eure Brüder und Schwestern herbei, daß sie mitkämpfen, mithelfen **an dem gewaltigen Kulturwerk der Volksgesundung!**

Dem Volke gilt's!

Achtung, Arbeiter-Samariter-Kolonne. Freitag abend findet eine Urabstimmung über die Erhöhung des Bundesbeitrages statt. Jedes Kolonnenmitglied muß sich an der Abstimmung beteiligen. Abstimmungslokal Fr. Lender, Hundestr. (Siehe Inserat)

Achtung, Betriebsräte und Betriebsobleute! Im Verlag der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und des Afa-Bundes ist das Heft 10 der Betriebsräteschriften: „Wie beurteilt man eine Bilanz“ von Paul Koske, Dipl. Handelslehrer, erschienen. In dieser Schrift sind in erschöpfender Weise die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Bilanz behandelt. Die verschiedenen für die Beurteilung einer Bilanz wichtigen Grundsätze sind eingehend dargelegt. Die Schrift enthält außer dem Text des Bilanzgesetzes mit ausführlichem Kommentar, sowie sämtliche weiteren für die Aufstellung einer Bilanz wichtigen gesetzlichen Bestimmungen und eine Literaturangabe. Vor längerer Zeit wurde schon in dem Verlage der Zentrale der Betriebsräte der A. D. G. B. eine Schrift (Heft 6, „Was ist eine Bilanz?' herausgegeben, in welcher der technische Aufbau der Bilanz geschildert ist. Durch das Studium beider Schriften ist jedes Betriebsratsmitglied in der Lage, sich eine gründliche Kenntnis der Zusammenhänge der Bilanz anzueignen, um den Unternehmern gegenüber sachverständig auftreten zu können. Der Preis der Schriften beträgt für Gewerkschaftsmitglieder für beide Hefte zusammen 2,70 Mk. ausschließlich Porto. Das unterzeichnete Sekretariat bittet die Gewerkschaften, für die Betriebsräte und Betriebsobleute Bestellungen umgehend an das Gewerkschaftssekretariat gelangen zu lassen, um eine einheitliche Bestellung vornehmen zu können.

Das Gewerkschaftssekretariat.

Die Gemeinnützige Brockensammlung verfolgt ausschließlich den Zweck, den mitarbeitenden Kindern wirtschaftliche Vorteile in Form von Zuschüssen bei Konfirmationen, Ferienaufenthalt usw. zu sichern. Die ihr zufließenden Altmaterialien haben in den letzten Wochen nicht die Mengen erreicht, die nötig sind, um das Ziel der Brockensammlungsarbeit wirklich zu erreichen. Es ergeht deshalb noch einmal die Bitte an alle Haushaltungen, Geschäftsbetriebe und auch Fabriken, ihre Altmaterialien auch der Sammelstelle der Brockensammlung zuführen zu wollen. Erwünscht sind vor allen Dingen Kartoffelschalen, Papier aller Art, Konservendosen, Flaschen, Frauenhaare, Knochen und Lumpen. Auch Blumentöpfe, alter Hausrat, alte Filzhüte und altes Schuhwerk finden Verwertung. Die Vergütung geschieht in bar, für Kinder durch Sparmarken.

Ein Appell an die Mieter wird in der Mai/Juni-Nummer der Lübecker Mieter-Zeitung erlassen. Es heißt darin: „Das Mietseinigungsamt hat eine neue Zusammensetzung erhalten. Die Beisitzer aus den Kreisen der Mieter und Hausbesitzer sind von der Bürgerschaft und vom Senat gewählt worden. Bei der Vereidigung der Neugewählten am Freitag, dem 6. Mai, lag ein Antrag des Neuen Grundeigentümervereins zur Beratung vor, nach welchem die Mieter wiederum erheblich höhere Mieten zahlen sollen, wie der 75prozentige Zuschlag zuläßt. Die Hausbesitzer rüsten zu einem neuen **Raubzug auf die Taschen der Mieter.** Wenn dieser Antrag in der Sitzung noch nicht zur Erledigung kam, so nur aus dem Grunde, weil einige **Beisitzer aus den Kreisen der Mieter** erklärten, in besonderen Fällen den Hausbesitzern auch nach den bisherigen Richtlinien höhere Mieten zubilligen zu können. Jetzt schon sind in einigen Fällen die Mieten um 200 Prozent gesteigert. Wo soll das hinführen, wenn die Mieter nicht nur den Verschleiß ihrer Wohnung bezahlen, sondern auch zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Familie des Hausbesitzers beitragen sollen. Wenn höhere Abgaben zur Errichtung von Neubauten notwendig sind, so wollen die Mieter den ihnen zustehenden Anteil tragen. Diese Abgaben dürfen aber nicht durch den Hausbesitzer vom Mieter erhoben werden, sondern sind vom Staat oder dem Gemeindeverband direkt einzuziehen. Bei Verbrauch dieser Beträge und bei Errichtung von Neubauten sind die Mieter nicht nur zu hören, sondern es ist ihnen ein Mitverwaltungsrecht einzuräumen. Wo der Gemeindeverband nicht selbst Neubauten errichtet, sind gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaften zu unterstützen, damit die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen gefördert wird.“

Reichs-Arbeiter-SportTag. Die nachgemeldeten Vereinigungen erhalten folgende Nummern im Festzuge: Nr. 5a Theaterverein von 1906; Nr. 6a Lübecker Arbeiter-Schachverein; Nr. 20a Eisenbahner-Verband.

Asba. Eine Generalversammlung findet Montag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Das Erscheinen aller S.P.D.-Beamten und Angestellten ist unbedingt erforderlich, da eine wichtige Tagesordnung vorliegt.

Zu dem Unglücksfall in der Badeanstalt Falkendamm wird uns noch mitgeteilt, daß Herr Elektriker Tretow den Verunglückten geborgen hat. Der genannte Schüler war beim Rettungswerk mit tätig. Auch das Badepersonal tat voll und ganz seine Schuldigkeit.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem Gesundheitsamt im Monat April 32 erstattet. Es waren 15 Fälle Diphtherie (2 gestorben), 6 Masern, 8 Scharlach, 1 Typhus (gestorben) und 1 Wochenbettfieber (gestorben), ferner starb eine Person an Ruhr.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 26. Mai: morgens 6 Uhr 21°; mittags 12 Uhr 22° Celsius.

Stadt-Theater. Freitag Gastspiel von Frau Kammersängerin Wedekind-Klebe in „Elektra“; Sonnabend „Ein Sommernachtstraum“; Sonntag „Der letzte Walzer“ als 17. Vorstellung für den Arbeiter-Bildungsverein; abends „Barbier von Sevilla“, worin sich Frau Kent-Rothaug als Rosine vom Lübecker Publikum verabschiedet, da sie auf 3 Jahre nach Hamburg verpflichtet worden ist.

Ringkämpfe im Hansa-Theater. Resultate vom Mittwoch: Der Kampf Westergaard gegen Romanoff blieb unentschieden. Der Herkules Swaton besiegte Wehram nach 19 Min. Der Herausforderungskampf im freien Stil Scharuchin gegen Stromski endete mit dem Siege des ersteren nach 89 Minuten.

Die Kühlhaus Lübeck Aktiengesellschaft Lübeck gibt ihren Geschäftsbericht für 1920/21 heraus. Danach waren die Einrichtungen auch während des verflossenen Geschäftsjahres mit Ausnahme der Vorkühlhalle voll in Anspruch genommen. Die hauptsächlich für den Bedarf der Hochseefischerei erbaute zweite Eisfabrik konnte Anfang Juni v. Js. in Betrieb genommen werden. Leider haben die Eislieferungen an die Fischdampfer bisher nicht den gehegten Erwartungen entsprochen. Die nahezu um das Dreifache gestiegenen Ausgaben für Kohlen, Materialien und Löhne zwangen zu weiteren Erhöhungen der Mieten und Eispreise. Unter Berücksichtigung angemessener Abschreibungen ist die Gesellschaft **in der Lage, eine Dividende von 10% zu verteilen. Der Reingewinn** beläuft sich zuzüglich 6578,19 Mk. Vortrag von 1919 **76 568,73 Mk.**

pb. Ermittelt und festgenommen wurden ein ehemaliger Telephonist und ein Bohrer aus Essen, die in der Nacht zum 25. d. Mts. in einer Villa in Niendorf a. O. einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt hatten, bei dem ihnen Teppiche, Läufer, Tischwäsche u. a. m. in die Hände gefallen war. Die Diebesbeute konnte den Einbrechern, die eine Menge Einbruchswerkzeuge bei sich führten, abgenommen und dem Eigentümer wieder zugestellt werden. — Des weiteren wurde ein Dienstmädchen ermittelt und festgenommen, das seiner Herrschaft diverse Kleidungsstücke gestohlen hatte und ein hier wohnhafter Eletrotechniker, der aus einem in der Fackenburger Allee aufgestellten Schaustellerwagen 3 Kannen Benzol mittels Einbruchs gestohlen hat.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Todesurteil. Vor dem außerordentlichen Gericht standen der Arbeiter Ernst Pooch und der Arbeiter Otto Weu wegen gemeinschaftlichen Mordes, die Ehefrau Elise Weu, geb. Struwe wegen Anstiftung dazu und die Ehefrau Emma Pooch geb. Hennecke wegen Unterlassung einer rechtzeitigen Anzeige über den geplanten Mord. Pooch und Weu hatten eine Frau von Schuchardt von der Elbbrücke am 17. April ins Wasser geworfen, um sie zu beseitigen, weil sie Mitwisserin eines von ihnen ausgeführten Einbruchdiebstahls war. Erst am 18. April wurde die Leiche im Hansahafen gefunden. Das Gericht verurteilte Pooch wegen Mordes zum Tode und lebenslänglichen Verlust der Ehrenrechte, Otto Weu und seine Frau zu 10 bezw. 8 Jahren Ehrverlust, Frau Pooch wegen der Unterlassung der Anzeige zu drei Jahren Gefängnis.

Harburg. Ein gewaltiger Wald- und Heidebrand wütete am Dienstag nachmittag bis zum Abend hinter Neugraben in der Nähe des Rosengartens. 4 junge Leute haben entgegen dem Verbot wieder Essen abgekocht. Das im Hochwalde entstandene Feuer dehnte sich infolge der Trockenheit schnell aus, sprang auf das Unterholz und dann auf die Heide über und fraß sich durch bis nach der Fischbecker Heide. Hier gelang es Feuerwehr und Schutzpolizei nach mehrstündiger Tätigkeit, das Feuer einzudämmen. Eine günstige Windrichtung veranlaßte, daß der Rosengarten und die Haake verschont blieben. 400 Morgen Heide und 40 Morgen Waldbestand sind vernichtet worden.

Norderham. Ein schweres Verbrechen ist hier verübt worden. Eine Frau Franken unterhielt ein Liebesverhältnis mit dem Schlächter Wilhelm Wulf, das sie indessen zu lösen beabsichtigte. Wulf drang daraufhin in ihre Wohnung ein und gab aus einem Revolver mehrere Schüsse auf Frau Franken ab. Als Nachbarn zu Hilfe eilten wollten, ergriff Wulf ein Schlächtermesser, tötete seine Geliebte durch einen Herzstich und durchschnitt sich selbst die Kehle.

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Für mehrere Millionen

hat unser Engros-Einkaufshaus auf der Frankfurter Messe und an den Berliner Lägern

Textilwaren

in der Hauptsache: Waschstoffe, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Leinen- und Baumwollwaren, Leibwäsche und Gardinen in gediegenen Qualitäten, entzückende Sommerblusen und Röcke, duftige Hochsommer-Kleider, Handschuhe, Strumpfwaren, leichte Sommer-Trikotagen und Modewaren aller Art gekauft und zwar zu Preisen, die teilweise weit unter den heutigen, sehr niedrigen Tagespreisen liegen.

Wir haben von diesen Käufen große Posten abgenommen und bringen in den nächsten Tagen u. Wochen, als das große Kaufhaus, das auf dem Prinzip der Reellität unserer Qualitäten aufgebaut ist,

neue niedrige Preise, die maßgebend sind.

Unsere nächsten Angebote verlangen deshalb Ihre Aufmerksamkeit.
Warten Sie und prüfen Sie!

Holstenhaus

Lübeck

Arbeiter-Bildungsverein, Lübeck.

Vorstellung im Stadttheater
am Sonntag, dem 29. Mai 1921
nachmittags 3½ Uhr:

Der letzte Walzer.

Operette von Oskar Strauß.

Preis der Karte Mk. **3,50** einschl. Garderobe.
Karten sind im Gewerkschaftshaus zu haben.
Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

2281) **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung! Metallarbeiter!

Abmarsch zum Sportfest Sonntag 1½ Uhr vom Burgfeld. (2280

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Kolosseum.

Jeden Dienstag und Freitag
Garten-Konzert
unter Leitung des Herrn Kapellmeisters **Robert Sulanke** und unter Mitwirkung von Frau **Berta Hügli-Schalienberg** und Herrn **Kurt Heimberg** vom Lübecker Stadttheater. (2279

Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Kolosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelkarte Mk. 2.–, Dutzendkarten Mk. 20.— ausschließlich Steuer.

Waisenhof 2276 Jeden Freitag u. Sonntag: **Tanz.**

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
der
Kohlenplatzarbeiter
am Freitag, dem 27. Mai
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Lohntarif.

Versammlung
sämtlicher im
D.T.-V. organisierten Betriebsräte und Betriebsobleute
am Freitag, dem 27. Mai
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Aufstellung von Kandidaten zur Reichskonferenz der Betriebsräte.

2277) Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Samariter-Kolonne.

Am Freitag, d. 27. Mai abends von 7—9 Uhr findet eine
Urabstimmung
über die Erhöhung des Bundesbeitrages im Lokale von Fr. Lender, Hundestraße statt.

Jedes Mitglied muß sich an der Abstimmung beteiligen.

2284 Der Vorstand.

Ofit und billig

kaufen Sie, wenn Sie meine Inserate beachten!

Damen-Hemden aus Hemdentuch mit Languette			19.50
Damen-Südereihemden gute Qualität			29.50
Damen-Korsetts in Drell und Nessel mit Languette		33.50	27.50
Damen-Schürzen Wiener Form, hübsch garniert			19.80
Damen-Schürzen Blusen- u. Wiener Form, gute Qual.		29.50	26.80
Bade-Anzüge Trikot, für Damen und Kinder		22.50	19.50	17.50
Badehosen rot Trikot für Herren und Knaben		12.50	11.50

2288 **3 Serien**
flott garnierte Damen-Hüte in hell-, mittel- und dunkelfarbig
Serie 1: **35.00** Serie 2: **48.50** Serie 3: **59.00**
Strohborden- und Basthüte für Kinder 29.00 **19.50**
Auf alle regulären Hüte gewähre außerdem einen Extra-Rabatt von 20 Prozent

Herren-Socken mit verstärkter Ferse und Spitze	6.95	5.60
Schwarze wboll. Kinder-Socken, Gr. 3/2.50, 4/2.75, 5/2.95, 6/		3.25
Braune bwoll. Kinder-Socken mit Doppelspitze und Ferse Gr. 3/5.25, 4/5.65, 5/5.95, 6/6.45, 7/6.80, 8/7.20, 9/		7.60
Prima Rindleder Herren-Stiefel extra stark	149.50	118.00
Elegante Boxkalf Herren-Stiefel braun . .	275.— 268.—	245.00
Schwarze Damen-H.-Schuhe in Chevreaux mit Lack	148.—	139.00
Braune Damen-Spangen- u. Schnürschuhe	195.00 188.50	168.50

Louis Meyer
Lübeck, Königstraße 87/89, Ecke Wahnstraße.
Rendsburg — Neumünster — Itzehoe.

Es steht fest!

Kein Circus-Gastspiel erregte jemals größere Bewunderung bei Presse und Publikum, als das jetzt beginnende Gastspiel des

Circus Hermann Althoff

Gala-Eröffnung
Dienstag, den 31. Mai, 7½ Uhr abends
Lübeck Burgfeld

Vorverkauf: Zigarrenhaus M. Niemeyer, Breite Straße 63, Tel. 8511. (2270

Haaß-Berkow-Spiele.

Sonntag, den 29. Mai, abends 8 Uhr in der
Aegidienkirche:
Paradeisspiel und **Totentanz.**
Nummerierte Plätze im Vorverkauf zu Mk. 5.— bei E. Robert.

Abendvorstellungen im Stadttheater

Montag, den 30. Mai, abends 7½ Uhr:
Die zertanzten Schuhe und
Die kluge Bauerntochter
Märchenspiele nach Gebr. Grimm.
Mittwoch, den 1. Juni, abends 7½ Uhr:
Theophilus und **Totentanz.**
Schauspielpreise.

Jugendvorstellungen i. Stadttheater

Montag, den 30. Mai u. **Dienstag,** den 31. Mai, nachm. 3 Uhr:
Märchenspiel: Die zertanzten Schuhe.
Karten a. d. Theaterkasse zu 2—6 Mk.
Dienstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr in der Aula der Ernestinenschule:
Vortrag von Gottfried Haaß-Berkow:
Die geistigen Grundlagen des Haaß-Berkow-Spiels.
Karten zu Mk. 2 bei E. Robert. (2282

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Versammlung
der Betriebsräte, Vorstand und Vertrauenslente
am Freitag, dem 27. Mai
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

2282) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater

Anfang 8 Uhr:
Nur noch 6 Tage das weltstädtische
Varieté-Programm
2287) sowie
Schluß- u. Entscheidungskämpfe der Weltmeister.
9¼: 9¼:
Heute Donnerstag:
3 große Entscheidungskämpfe
Wildmann gegen Romanoff
Revanche-Entscheidungskampf
Swatow gegen Westergaard-Schmidt.
Entscheidungs-Boxkampf
Scharuchin gegen Lettow.

Stadttheater Lübeck.

Donnerstag. Buchst. D. u. 20. Vorst. im Schauspiel-Ab. Zum letzten Male: **Ein Traumspiel.** 7 Uhr.
Freitag. Buchst. D und 20. Vorst. im Opern-Abonn. Letzte Aufführung von **Elektra.** 7.30 Uhr. Als Gast Frau **Wedekind-Kiehe** vom Hamburger Stadttheater. Letztes Auftreten von Frl. **Ruth Molnar.**
Sonnabend. Buchst. D u. 20. Vorst. im Schausp.-Abonn. Einmalige Aufführung von **Ein Sommernachtstraum.** 7.30 Uhr. Letztes Auftreten von Frl. **Mira Schulz.**
Sonntag. 17. Veranstaltung f. d. Arbeiterbildungsverein **Der letzte Walzer.** 3.30 U. **Der Barbier von Sevilla.** 7.30. Letztes Auftreten von Frau **Keith-Rothaug** und Herrn **Christian Könker.**

Kammerspiele
Fünfhausen. (2271
Sonntag: **Flamme.** 7.30.

Täglich
frisch geräucherte
Aale.
Paul Lohrmann,
Hundestr. 95. 2278

Beilage zu Nr. 120
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 26. Mai 1921

Das Ultimatum und die deutsche Wirtschaft.

Von Max Cohen.

RWK. Wenn man über die Verpflichtungen, die Deutschland durch die Unterzeichnung des Ultimatums auf sich genommen hat, Klarheit gewinnen will, so tut man gut, von vornherein zwischen der Form der Zahlung (der Zinszahlung und der Tilgung) und der Schuld selber zu unterscheiden. Die letztere beträgt in ihrem Gegenwartswert bekanntlich 132 Milliarden Goldmark, ist also um etwa 40 Milliarden Mark größer als der Gegenwartswert, der auf der Pariser Konferenz festgelegt wurde. Es sind recht kostspielige fünf Monate für das deutsche Volk geworden, die seit dem Pariser Diktat vergangen sind, obwohl nicht ohne weiteres geschlossen werden kann, daß nun auch die Gesamtzahlungen entsprechend (also um etwa die Hälfte) höher sein müssen als die, die sich aus den Pariser Festsetzungen ergaben. Das hängt sehr wesentlich von der Höhe der zu zahlenden Zinsen und davon ab, wann diese Zinsen zu laufen beginnen; es könnte daher die Zweiteilung der Schuldverschreibungen (eigentlich ist es die Dreiteilung, aber die Ausgabe des zweiten Teils erfolgt bereits ein halbes Jahr nach den ersten, hat aber nicht viel zu bedeuten) immerhin von einigem Nutzen für uns sein.

Die beiden ersten Serien der deutschen Schuldverschreibungen von 12 und 38 Milliarden Goldmark werden von der Reparationskommission noch in diesem Jahre begeben; sie sind mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen. Diese Verzinsung bedeutet eine Verschlechterung der im Versailler Friedensvertrag niedergelegten Bedingungen, die nur eine 2½prozentige Verzinsung bis zum Jahr 1926 vorsahen. Eine Verbesserung aber können wir vielleicht in der Tatsache sehen, daß die Schuldverschreibungen der dritten Serie in Höhe von 82 Milliarden Goldmark zwar auch von uns noch in diesem Jahr der Reparationskommission zu übergeben sind, aber von dieser nicht ausgegeben werden. Das heißt also, die 82 Milliarden sind vorläufig eine bloße Buchforderung, für die vorerst noch keine Zinsen gezahlt werden müssen. Wann die Zinszahlung für sie beginnt, ist freilich ganz in das Belieben der Reparationskommission gesetzt, die, je nachdem sich ihr die Leistungsfähigkeit Deutschlands darstellt, Teile dieser letzten Schuldverschreibungen ausgeben kann, womit die Zinszahlung beginnt. Die von uns aufzubringende Mindestleistung in den ersten Jahren beträgt 3 Milliarden Goldmark, nämlich 2½ Milliarden Zinsen und eine halbe Milliarde Amortisation (Tilgung) der Schuldsumme von 50 Milliarden, deren Schuldverschreibungen von der Entente begeben worden sind. Natürlich vermindert sich in jedem Jahre die Summe, von der Zinsen und Tilgung zu zahlen sind, um den Betrag, der zur Tilgung verwendet wird (nach dem ersten Jahr also um eine halbe Milliarde), nur der Einfachheit wegen habe ich von 3 Milliarden für die ersten Jahre gesprochen, während schon im zweiten Jahr die Summe etwas niedriger ist.

Die Art der Zahlung für Zinsen und Tilgung ist als feste Jahreszahlung von 2 Milliarden und in einer Summe bestimmt worden, die 25 Prozent des Wertes der deutschen Jahresausfuhr beträgt; eine weitere Summe von 1 Prozent des Wertes der Ausfuhr soll dann noch gezahlt werden, wenn die 2 Milliarden und die 25 Prozent des Ausfuhrwertes zur Deckung des Zinsen- und Amortisationsdienstes der ausgegebenen Schuldverschreibungen nicht genügt. Dabei sei vermerkt, daß die Ausfuhr vorläufig nur als ein Maßstab gedacht ist, mit dem sich die deutsche Leistungsfähigkeit berechnen läßt; es kann aber, unter Verständigung mit der Reparationskommission, auch ein anderer Maßstab bestimmt werden.

Nehmen wir nun ein Beispiel und setzen wir den Gesamtwert der Ausfuhr des ersten Jahres mit 6 Milliarden Goldmark ein. In diesem Falle betragen unsere Zahlungen: erstens 2 Milliarden als feststehende Leistung und 25 Prozent von 6 Milliarden = 1½ Milliarden, zusammen also 3½ Milliarden. Von diesen 3½ Milliarden müssen 3 Milliarden zur Zinszahlung und Amortisation von 1 Proz. der Schuldsumme von 50 Milliarden verwendet werden. Was mit dem Rest von der halben Milliarde geschieht, entscheidet die Reparationskommission. Für uns am günstigsten wäre es, wenn diese halbe Milliarde (man wird mit diesem Beispiel der Wirklichkeit des ersten Jahres wohl sehr nahe kommen) ebenfalls zur Tilgung der Schuldsumme von 50 Milliarden verwendet würde; sie betrüge dann im nächsten Jahre nur noch 49 Milliarden, und es wären dann die Zinsen und die Amortisation für die verringerte Summe aufzubringen. Wahrscheinlich wird die Reparationskommission aber nicht so verfahren; besonders dann nicht, wenn die Ausfuhr sich vergrößert und im Laufe der nächsten Jahre auf 8 oder 10 Milliarden (oder auch noch höher) steigt. Sie wird die 3 Milliarden überschießende Summe vielmehr dazu verwenden, diejenigen Teile der dritten Serie der Schuldverschreibungen von 82 Milliarden Goldmark auszugeben, die der überschießenden Summe entsprechen. Sie könnte z. B. bei dem Ueberschuß von 600 Millionen bereits eine weitere Schuldverschreibungssumme von 10 Milliarden begebn, die zur Verzinsung und Amortisation gerade 600 Millionen erforderten. Es ist anzunehmen, daß die Reparationskommission in dieser Weise verfährt und, da sie eine steigende deutsche Ausfuhr annimmt, jeweils diejenigen Teile der dritten Serie neu ausgibt, wie sie durch den überschießenden Betrag verzinst und getilgt werden können. Dadurch verlängert sich natürlich unsere Schuldknechtschaft, da praktisch dann keine Zinszahlung und Tilgung von 50 Milliarden stattfände, sondern einer größeren Summe. Bei einer Tilgung von 1 Prozent würde sich das über viele Jahrzehnte hinausziehen, ein schnelleres Tempo käme erst dann, wenn wir in der Lage wären, eine Summe aufzubringen, die wesentlich größer wäre als 6 Prozent der gesamten Schuldsumme.

Nehmen wir auch dafür ein Beispiel, und setzen wir den Fall, daß, nach etwa 10 bis 15 Jahren, die deutsche Gesamtschuld sich um 12 Milliarden vermindert hätte und noch 120 Milliarden betrüge. Wir müßten dann, um ein schnelleres Abzahlungstempo zu erreichen, mehr als 7,2 Milliarden Goldmark jährlich aufbringen, und unsere Ausfuhr müßte, da 2 Milliarden als feste Jahresleistung angenommen werden, auf rund 21 Milliarden Goldmark gestiegen sein. Sehr wahrscheinlich ist das nicht, ganz einmal abgesehen davon, daß die festen Jahresraten von 2 Milliarden zu einem beträchtlichen Teil auch dem Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr entnommen werden müssen; denn andere Einnahmequellen hat ein Staat im Grunde genommen nicht.

Es wird daher von der größten Bedeutung sein, daß wir beim Aufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien mit der Arbeitsleistung deutscher Menschen einen recht großen Teil unserer deutschen Schuld alljährlich abtragen, sonst ist nicht abzusehen, in welcher Weise die ungeheuren Beträge erarbeitet werden sollen. Denn, daß die anderen Länder, die ebenfalls Waren verkaufen wollen, von einer immer riesenhafter steigenden deutschen Ausfuhr erbaut sein werden, ist kaum anzunehmen. Sie werden sie vielleicht, wenn sie einen bestimmten Punkt überschritten hat, einzudämmen versuchen und darin liegt, was unsere Verpflichtungen anbelangt, ein gewisser Trost. Denn entweder wird man mit einer riesenhaften Steigerung unserer Ausfuhr einverstanden sein oder sich zur Revision der Reparationsforderungen entschließen müssen. In einem Zeitalter des Warenaustausches, in welchem die meisten Länder fabrizieren und gegeneinander konkurrieren, kann kein Land an andere (am wenigsten ein Industrie- und Wiederverarbeitungsland wie Deutschland eins ist) derartige Milliardensummen zahlen, wenn es nicht Waren in riesigen Mengen zu verkaufen vermag. Das aber wird man den Deutschen nur bis zu einer gewissen Höhe gestatten wollen. Hier aber gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder absolute Freigabe der deutschen Warenproduktion und -Ausfuhr, und dadurch entsprechende Zahlungen oder aber ihre Einschränkung unter Verzicht auf derart gewaltige Leistungen.

Niemand vermag zu sagen, wann der Zeitpunkt kommt, an dem diese Tatsachen sich durchsetzen werden. Das müssen wir abwarten und inzwischen an die Arbeit gehen und alles tun, um unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn nur alle Gewaltanwendungen für die Folge unterbleiben, wird sich das andere ganz von selbst finden. Wir wollen zahlen, und an unserem guten Willen darf es niemals für die Folge fehlen. Daß man aber mit dem besten Willen gewisse wirtschaftliche Grundtatsachen nicht aus der Welt schaffen kann, das wird man auf der anderen Seite allmählich und umso schneller einsehen, wenn wir wirklich alles tun, was unsere Kräfte hergeben. Vielleicht kann erst dann eine wahre Verständigung kommen, und deshalb ist es so unendlich wichtig, durch die Tat den guten Willen zu erweisen. Beginnen wir, alle in der deutschen Republik, mit der Arbeit für die Reparationsleistungen. Nur sie kann den verworrenen Knoten wieder lösen und all die in den verschiedenen Ländern wieder zusammenbringen, die guten Willens sind. Und davon gibt es sehr viel mehr, als man gewöhnlich annimmt.

Staatsanwalt und Preßfreiheit.

Der Staatsanwalt zwingt Buchdruckergehilfen zur Unterdrückung der Preßfreiheit.

Wir lesen im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer": In Breslau wurde im Verlauf eines strafrechtlichen Einschreitens gegen die dortige „Schlesische Arbeiterzeitung" (Parteiblatt der VKPD.) sowohl dem Drucker der Zeitung wie auch dem gesamten Setzerpersonal sofortige Verhaftung angedroht, wenn sie fernerhin durch „Rat und Tat" Beihilfe zum Druck dieser Zeitung leisten würden. Dadurch werden die betreffenden Buchdrucker von Amts wegen zu Zensoren des Inhalts einer Zeitung gezwungen, was zu den größten wirtschaftlichen Schädigungen des ganzen Buchdruckgewerbes führen muß, wenn der Standpunkt des in Frage kommenden Staatsanwalts gesetzliche Berechtigung haben soll. Denn was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Müßte jeder Buchdrucker von nun an jede Arbeit, die er setzt, stereotypiert oder druckt auf ihre gesetzliche Zulässigkeit prüfen und im Zweifelsfalle jede technische Mitarbeit daran verweigern, so käme das Buch- und Zeitungsgewerbe in ganz kurzer Zeit zum Stillstande. Denn die Buchdrucker sind keine Juristen und keine Staatsanwälte. Je nach seiner politischen, religiösen oder kosmopolitischen Weltanschauung könnte der eine als staats- oder volksfeindlich halten, was ein anderer als staatserhaltend und zulässig beurteilt. Was heute in kommunistischen Blättern als strafrechtlich unzulässig beurteilt werden kann, müßte sinngemäß z. B. in allen Blättern und Schriften der rechtsreaktionären Parteien als nicht minder gefährlich für die Republik oder den Staat angesehen und mit dem gleichen Rechte durch Arbeitsverweigerung der Buchdrucker an der Drucklegung verhindert werden. Die Buchdrucker sind aber Gegner einer solchen Verantwortlichkeit für ihre Berufsarbeit und müssen aus wirtschaftlichen wie ideellen Gründen gegen jeden Versuch protestieren, der sie zum Büttel des Staatsanwalts zur Unterdrückung der Preßfreiheit stempeln will.

Wie der „Korrespondent" weiter mitteilt, ist infolge dieses staatsanwaltlichen Uebergriffes das technische Personal gekündigt worden. Der Vorstand der Breslauer Buchdruckerorganisation hat sich jetzt an den Reichsjustizminister gewandt und ihm u. a. die Frage vorgelegt, wer diese Erwerbslosen nun entschädige. Der Vorstand der Breslauer Buchdrucker wendet sich mit diesem Protest an die gesamte Oeffentlichkeit, denn das Beispiel des Staatsanwalts könnte Schule machen, sich auf Zeitungen anderer politischer Richtungen übertragen und die durch die Verfassung garantierte Preßfreiheit wäre ein Fetzen Papier. Beruf, Tarif, Betriebsrätegesetz und Preßfreiheit verbieten dem technischen Personal einen Eingriff in die Rechte des Auftraggebers oder Redakteurs. Wenn diese Selbstverständlichkeit den Weisheitsbegriff des Staatsanwalts übersteigen sollte, dann muß es ihm klar gemacht werden, daß er auf falscher Fährte ist.

Aus der Partei.

Das Urteil der Parteigenossen. Die am Sonntag in Netzschkau i. V. tagende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Zwickau nahm nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Meier einstimmig eine Entschließung an, die den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses, für die Annahme des Ultimatums zu stimmen, gutheißt. Die Versammlung fordert, daß die Reichstagsfraktion jeden Versuch der Deutschen Volkspartei, nachträglich in die Regierung zu gelangen, rückhaltlos zurückweisen wird. Die Versammlung erwartet weiter, daß die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder mit allem Nachdruck für eine den Interessen des werktätigen Volkes dienende Politik eintreten werden. In diesem Sinne wird die gesamte Arbeiterschaft hinter der Regierung stehen.

Ein Unterbezirkstag Jüterbog, Teltow-Beeskow tagte Sonntag in Berlin, um zum Friedensvertrag und zu dringenden organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führte Genosse Richard Schmidt. Die Delegierten waren zahlreich erschienen und folgten mit lebhaftem Interesse dem Vortrag des Genossen Adolf Braun, Parteivorstand, über den „Versailler Friedensvertrag". Der Redner entwarf einen historischen Ueberblick über den Imperialismus seit Bismarck und betonte die schweren Gefahren des Imperialismus, die schon Bebel erkannt und auch bekämpft habe. Heute wird Deutschlands Leben durch auswärtige Mächte bestimmt. An dem Beispiel der Unabhängigen sehen wir,

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

29. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Dann gib mir zwölf Dollar". Wittkamp steckte sie ihm unter dem Tisch zu. „So, und ich danke dir auch. Aber nun brauchst du dir meinetwegen weiter keine Sorgen zu machen. Ich hab mal wieder mein gewöhnliches Pech gehabt. Unterkriegen läßt sich Gustav deswegen doch nicht. Ich werde mir schon eine Stelle suchen, gleich morgen früh schiebe ich los. Und du sollst dich wundern, wie schnell du dein Geld wieder hast."

„Aber davon hat ja niemand gesprochen", meinte Wittkamp vorwurfsvoll. „Du kannst von mir immer was haben, wenn du in Verlegenheit bist. Und wegen des Wiedergebens brauchst du dir keine Kopfschmerzen zu machen."

„Ja, du bist doch wenigstens ein guter Kerl und viel zu schade für die Lumpen hier. Aber ich habe so meinen Stolz. Und jetzt grade werde ich euch mal zeigen, was ich noch kann."

Bender log durchaus nicht, als er sagte, er wollte das Geld so bald wie möglich zurückzahlen. Er war wirklich sehr stolz und meinte es schon um Marthas Willen gut mit Wittkamp.

„In welchem Verhältnis stehst du nun eigentlich zu diesem Wels?"

Wittkamp freute sich, einmal alles erzählen zu können, was ihm in den letzten Wochen begegnet war. Am meisten drängte es ihn dabei, von Martha zu berichten, von ihrer Liebe, die ihn so glücklich machte. Dabei ging ihm nun bald die Phantasie durch. In seinem naiven Stolz renommierte er und schmückte kleine Szenen mit erfundenen Einzelheiten aus, die zeigen sollten, wie sehr Martha an ihm hing.

„Na schön!" sagte Bender und sah seinen Freund mit zusammengekniffenen Augen an. Ihm war die Art, wie Wittkamp mit Martha renommierte, unangenehm. „Also sonst hat dir dieser Wels keine Vorschläge gemacht?"

Wittkamp war über den Plan einer Geschäftsgründung hinweggegangen, hauptsächlich weil er Benders Kritik und seinen Spott fürchtete. Der würde ihn natürlich wieder für dumm und leichtgläubig halten, denn das hatte er schon gemerkt, daß Bender dem Wiener nicht traute. Lieber ihm gar nichts sagen, damit er nicht noch Martha auffällig machte.

„Gott ja", meinte er gleichmütig. „Wels hat ja seinen persönlichen Vorteil im Auge, wenn er sich für mich interessiert. Er braucht einen Anfänger, der ihm die leichten Sachen macht. Dadurch kann er selbst um so mehr verdienen."

Bender merkte, daß er nichts weiter herausbringen konnte. Vielleicht bildete er sich das auch nur ein, daß Wittkamp eine Gefahr drohte. Der war gewiß etwas naiv und phantastisch veranlagt, aber in seiner Art nicht ohne Schlauheit. Er erinnerte ihn etwas an die Bauern, wenn sie in die Stadt kamen und in einem Laden etwas kauften, was sie nicht kannten. Wie komisch hatte er soeben von seiner Martha geprahlt. Und dabei machte sich das arme Ding noch die größten Gewissensbisse. Er mußte sie wirklich einmal erziehen.

„Es wundert mich eigentlich," sagte er nach einer Pause, in der sie beide ihren Gedanken nachgehangen hatten, „daß hier so ganz offen Glücksspiele geduldet werden."

„Ja, es ist ein Skandal!" sagte Wittkamp eifrig, denn er interessierte sich sehr für politische und soziale Dinge. „Ich lese ja viel in der Zeitung. Die ganze Neuyorker Polizei lebt von Bestechung. Jeder Salonkeeper muß einen bestimmten Betrag, auf den er abgeschätzt wird, der Polizei abliefern. Dafür darf er aber auch machen, was er will. Ein anständiger Wirt kann ja bei den Steuern und den sonstigen Abgaben, die von ihm erpreßt werden, gar nicht bestehen. Darum gibt es hier so viele Bordellhotels und Spiellokale. Und die machen gute Geschäfte. Polizei und Richter sind vom ersten bis zum letzten Mann Tammanybeamte und hüten sich, den Geschäftsbetrieb der Bosse zu stören."

„Die Bosse, das sind die Häuptlinge?"

„Ja, die Parteiführer. Die Politik ist hier ein reines Geschäft, und wer darin Karriere gemacht hat, der verdient ein schönes Geld. Hier ist kein Geschäftsunternehmen möglich, ohne daß die herrschende Partei es besteuert."

„Ja, ich glaube auch, wenn ich mich heute morgen an die Polizei gewendet hätte, die würde mir schwerlich geholfen haben."

„Herausgeflogen wärst du! Weißt du, wie es die Policemen mit den Greenhorns machen? Sie verhaften sie, auch wenn sie ganz unschuldig sind, nur um Erpressungen an ihnen vorzunehmen. Am schönsten ist es mit den Straßenmädels. Da wird jede Nacht eine Masse verhaftet und gegen Bürgschaft wieder freigelassen. Es gibt Leute, die leben nur davon, für solche Mädchen — natürlich gegen eine Entschädigung — zu bürgen. Das Geld teilen sie mit den Beamten. Zu einer Verurteilung kommt es gar nicht. Die Hauptsache ist, daß man den Mädchen das Geld mit Gewalt abnimmt. Lieber schwört der Policeman einen kleinen Meineid, er habe nichts Ungesetzliches gesehen. Denn das Mädel soll doch weiter arbeiten, damit man sie weiter aussaugen kann."

Wels kam jetzt wieder an ihren Tisch zurück. Er hatte das Spielen aufgegeben.

„Nanu, hören Sie schon auf?" fragte Bender.

„Ich hab kein Glück heute. Ich bin auch zu müd. Ich werde doch nicht mein ganzes Geld verlieren."

„Wir sprachen gerade über die Neuyorker Polizei. Haben Sie denn keine Angst, daß hier einmal eine Razzia vorgenommen wird?"

„Ja, dös passiert net. Der Salinger steht zu gut mit den Policemen."

„Ja, das scheinen hier schöne Verhältnisse zu sein!" bemerkte Bender sarkastisch.

„Die Polizei is nicht so schlecht. Sie weiß schon mit richtigen Verbrechern umzuspringen."

„Ja, der Mayor von Neuyork hat sie ja auch die feinste der Welt genannt!" warf Wittkamp ironisch ein. „Und die Bestechungen, das Gelderpressen?"

„Dös is net so schlimm. Warten S' nur, wann erst Hearst gewählt is. Der wird schon aufräumen."

Auch Wels interessierte sich für die Politik, aber anders als Wittkamp. Wels war in einem demokratischen Verein, obgleich er noch gar nicht amerikanischer Bürger war, und agitierte überall für seine Partei.

„In Amerika bleibt alles, wie es ist," sagte Wittkamp. „Die Parteien schreien solange über die Mißstände, bis sie selbst ans Ruder kommen, dann sind sie aber auch ganz still. Es ist ulkig, daß es noch immer Leute gibt, die behaupten, man könnte die Politik auch von einem nicht geschäftlichen Standpunkt ansehen."

Bender hatte gar kein Verständnis für solche Dinge. Aber es amüsierte ihn, wie die beiden darüber ins Zanken kamen und sich immer mehr ereiferten. Wittkamp vertrat die Sozialisten, Wels aber behauptete, Amerika sei ein freies Land, und man brauchte hier keine europäischen Ideen.

„Frei zum Verhungern ist man hier!" sagte Wittkamp.

„In Europa ist jeder Mensch ein Knecht!" entgegnete Wels.

Auch als sie das Cafe verlassen hatten, setzten sie noch auf der Straße ihren Streit fort.

(Fortsetzung folgt.)

wohin eine Partei kommt, wenn sie Versprechungen macht, die bei den heutigen Verhältnissen nicht zu halten sind. Im Gegensatz dazu hat unsere Partei einen von uns kaum erwarteten Aufschwung genommen, weil wir nie mehr versprochen haben, als gegenwärtig zu erreichen ist. Genosse Braun geht dann kurz auf den Inhalt des Friedensvertrages ein und zeigt durch industrielle Kennzeichnung das wirtschaftliche Chaos, in dem wir uns befinden und aus dem heraus zu kommen die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft einsetzt. Sozialdemokratische Finanzpläne können wir jetzt nicht durchsetzen. Die gewaltige Wegsteuerung der Uebergewinne muß erfolgen, wenn diese auch nicht so viel bringen, als manche erhoffen. Viel schwerer ist es, den ländlichen Besitz zu erfassen, weil hier keine geregelte Buchführung vorhanden ist. Und doch muß dieser steuerlich genau so restlos erfaßt werden, wie der städtische Besitz und das Einkommen der städtischen Arbeiter. Machen wir dem Arbeiter klar, daß bei den kommenden Machtkämpfen ein einiger und geschlossener Wille notwendig ist. Gegen den Wortalkoholismus und gegen jede Zersplitterung geht jetzt unser Kampf. (Lebhafter Beifall.) — Ohne Diskussion wird eine Entschließung angenommen, die sich gegen ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung wendet und fordert, daß zur Aufbringung der Reichsschulden in schärferer Weise als bisher die besitzende Klasse herangezogen werde. Ferner solle mit der Sozialisierung der dazu reifen Betriebe (Kohle, Erz, Elektrizität und Düngemittel) endlich Ernst gemacht werden. Der Ausbau der Reichsgesetzgebung wird als weiterer Punkt gefordert.

Gewerkschaftsbewegung.

Erster Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten. Am Sonntag, dem 29. Mai, beginnt in Weimar der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten. Er hat neben der Behandlung der Geschäftsberichte und Anträge und der Vornahme der Wahlen noch die Punkte: Reorganisation der Afa — einheitliches Arbeiterrecht — Lohn- und Tarifwesen — Arbeitsgemeinschaften — Kapitalistische oder Angestelltengewerkschaft — und Jugendbewegung auf der Tagesordnung. Der neue Verband umfaßt seit Oktober 1919 die früheren drei selbständigen Verbände: Zentralverband der Handlungsgehilfen, Verband der Bureauangestellten, Verband der Versicherungsangestellten, die laut dem gedruckten Vorstandsbericht den Verschmelzungsprozeß nicht nur formal, sondern unter williger Mitarbeit fast aller Funktionäre auch geistig zufriedenstellend vollzogen haben. Der neue Verband musterte bei der Verschmelzung rund 330 000 Mitglieder, stieg in den ersten drei darauffolgenden Quartalen fortwährend, bis auf 402 748 Mitglieder im 2. Quartal 1920, sank von da an bis zum Schlusse 1920 auf 363 521 und bis zum Schlusse des 1. Quartals 1921 auf 333 682 Mitglieder. Sie verteilen sich nun in zirka 700 Ortsgruppen, die wiederum in 26 Gaue eingeteilt sind. Nach Geschlechtern geschieden zerfällt die Mitgliederzahl in 179 347 männlicher und 154 335 weiblicher Mitglieder. Der Rückgang seit Juli 1920 wird außer auf eine seitdem vorgenommene sorgfältige Neuregistrierung und Sichtung der Mitgliederzahlen zurückgeführt auf erschwerten Gewerkschaftskampf, verminderte Erfolgsmöglichkeit, Beitragserhöhung und ferner auf die politischen Zwistigkeiten. Der Vorstand erblickt jedoch in diesem Rückgang nur eine vorübergehende Erscheinung, die keineswegs bedenklich stimmen kann. Der gegenwärtige Mitgliederstand könne vielmehr als eine feste Grundlage und als Kern der Organisation angesprochen werden. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen im Jahre 1920 22 486 815,45 Mark, die Gesamtausgaben 20 214 823,49 Mark. Das Vermögen der Hauptkasse erhöhte sich am Jahresschluß 1920 auf 1 944 424,76 Mark. Für Stellenlosen-, Kranken-, Sterbe-, Notfall- und Gemaßregeltenunterstützung wurden im Jahre 1920 634 788 Mark ausgezahlt; für Lohnbewegungen (Verbandsvorstand, Ortsgruppen, Gaue zusammengenommen) 1 580 009,56 Mk. Die Zahl der Lohnbewegungen war sehr hoch, und in der übergroßen Mehrzahl der Fälle gelang es, auf dem Wege friedlicher Verständigung zu Vereinbarungen und vielfach zu Tarifen zu kommen. Doch vielfach mußte auch die für die Angestellten durchaus neue Waffe des Streiks angewendet werden, bei deren Handhabung sie ihre Feuerprobe glänzend bestanden haben. Wir werden über die Verhandlungsergebnisse des Verbandstages am Schlusse zusammenfassend berichten.

Die „Rote Fahne" Publikationsorgan der Gelben. In der Donnerstag-Abendausgabe bringt die „Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunisten, kommentarlos einen Bericht der Reichskonferenz der gelben Bankangestellten. Boshafte Menschen behaupten, daß bei den früheren Gelben, die in großer Zahl sich zu den Kommunisten geschlagen haben, noch eine Seelenverwandtschaft mit den früheren „Kampfgenossen" vorhanden ist. Diesem Verwandtschaftsverhältnis trägt nunmehr die „Rote Fahne" mit ihrem nicht zu überbietenden „revolutionären" Elan Rechnung, indem sie sich als Publikationsorgan der Gelben auftut.

Um den früheren Ladenschluß. Auf der Tagesordnung der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats vom 12. Mai stand ein Antrag Beckmann (Wilhelm), der eine Aenderung der Bestimmung des § 139f der Reichsgewerbeordnung bezweckt. Wie die „P. P. N." melden, erfolgte die Annahme des Antrages in der ersten Lesung. Der Antrag, der in einer zweiten Lesung nochmals behandelt werden soll, lautet: „Der Sozialpolitische Ausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf schnellstem Wege durch eine entsprechende Aenderung der Bestimmungen des § 139f der Reichsgewerbeordnung den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, durch ortsstatutarische Vorschriften einen früheren als den 7-Uhr-Ladenschluß herbeiführen zu können."

Zweite Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftshäuser. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat beschlossen, am 23. und 24. August in Hannover eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftshäuser abzuhalten. Die Einladungen sind bereits versandt. Sollte irgendein Gewerkschaftshaus versehentlich ohne Einladung geblieben sein, so bittet der ADGB., ihm dieses mitzuteilen.

Verschärfung des Waldenburger Streiks.

TU. Breslau, 25. Mai. Im Waldenburger Revier wurde infolge des gestern ausgebrochenen Streiks auf sämtlichen Gruben die Arbeit niedergelegt. Auch die Metallarbeiter sind in einen Sympathiestreik getreten. Die Führer der Gewerkschaften haben sich sämtlich gegen den Streik ausgesprochen. Vertreter der Regierung und der Breslauer Oberbürgermeister verhandeln in Waldenburg mit den Führern der Arbeiterorganisationen. Eine Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute hat den Beschluß gefaßt, am Donnerstag eine Urabstimmung der Belegschaften vorzunehmen.

Sächsische Wachsamkeit gegen die Orgeschtransporte.

In der Dienstag-Sitzung des sächsischen Landtages ergriff Innenminister Lipinski das Wort zur Frage der Freiwilligen- und Waffentransporte nach Oberschlesien und zu dem Vorfall auf dem Dresdener Bahnhof, wo vor einigen Tagen ein Zusammenstoß zwischen Reisenden aus Bayern und einem Betriebsratsvorsitzenden stattgefunden hatten. Lipinski erklärte, daß die Polizeibehörde angewiesen ist, dauernd auf die Verhinderung solcher Transporte bedacht zu sein. Nachdem die Reichsregierung bereits festgestellt hat, daß die Werbung, Zusammenstellung und Transport von Freikorps verboten sei, hat Sachsen eine weitere Verfügung erlassen, die sich gegen etwaige Transporte durch sächsisches Gebiet wendet. Auch in Leipzig und Chemnitz würden die Züge scharf überwacht und es seien bereits mehrere Transporte angehalten worden.

Aus aller Welt.

Verheerendes Schadenfeuer in Cottbus. Nach Berliner Meldungen aus Cottbus sind dort in der Nähe des Bahnhofes sechs Lagerplätze und eine Möbelfabrik in Brand geraten. Der Schaden wird vorläufig auf annähernd drei Millionen geschätzt.

Große Verwüstungen durch Hagelschlag. In den letzten Tagen haben Gewitter und Hagelschlag in verschiedenen Gegenden Thüringens und Mitteldeutschlands arg gewütet. Die Schloßen erreichten die Größe von Taubeneiern. An den Bäumen befindet sich kein grünes Blatt mehr. Die Obst- und Gemüseernte ist vollständig vernichtet. Der Schaden ist sehr groß.

Schauerliche Tat einer Geistesgestörten. Eine geistig nicht ganz einwandfreie Frauensperson in Staufen hat die 3 jüngsten Kinder ihres Bruders mit dem Beil erschlagen und sich dann selbst erhängt.

Die Frau ohne Magen. Der Fall einer Frau, die ohne Magen seit zwei Jahren lebt und sich dabei sehr wohl befindet, wurde in einer Sitzung der Pariser Akademie für Medizin von Dr. Victor Pauchet berichtet. Die Patientin litt an schweren Magengeschwüren; ihr wurde der ganze Magen herausgenommen, und die Verlängerung der Speiseröhre wurde direkt an den Zwölffingerdarm angenäht, sodaß die Nahrung unmittelbar zu den Eingeweiden gelangte. Eine Woche lang erhielt daraufhin die Patientin keine Nahrung. Dann aber durfte sie wieder normale Speisen zu sich zu nehmen, und sie befindet sich seit zwei Jahren bei vollkommener Gesundheit, hat auch ihr früheres Gewicht wiedererreicht.

Ein Lokomotivpfiff — 20 Pfennige. Durch Runderlaß wird den Eisenbahnbediensteten zur Pflicht gemacht, bei allen Dienstverrichtungen größte Sorgfalt und Sparsamkeit walten zu lassen, damit der Eisenbahnbetrieb wie in besseren Tagen wirtschaftlich gestaltet werden kann. Wie außerordentlich berechtigt dieser Erlaß ist, geht daraus hervor, daß das kürzlich durch irgendwelche Nachlässigkeit veranlaßte Anhalten eines Schnellzuges und das Wiederanfahren mit Einholen des Zeitverlustes nicht weniger als 70 Mk. und jeder Lokomotivpfiff 20 Pfg. kostet.

In jedem Hafen eine Frau. Das alte Sprichwort, daß der richtige Seemann „in jedem Hafen eine Braut habe", ist von einem vielversprechenden 20jährigen Matrosen der amerikanischen Marine Harold Hammond übertroffen worden, denn er hat sich „in jedem Hafen eine Ehefrau" zugelegt. Der Jüngling ist mit seinen 20 Jahren bereits elfmal verheiratet, und zwar hatte er treu liebende Gattinnen in Philadelphia, Hoboken, Newyork, Midland Beach, Newport News und Bath Beach wohnen; in Newyork besaß er allein drei Frauen. Er befindet sich nun in einem Marinegefängnis und soll wegen Bigamie verurteilt werden. Als Entschuldigungsgrund für seine Handlungsweise konnte er nur angeben, daß es ihm „so viel Spaß gemacht" hätte.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Heute, Donnerstag, den 26. Mai, abends, finde, wie bekannt, der übliche Trainingsabend der Fußball-Abteilung des A.-T.-V. auf dem Kasernenhof statt. Alle Mitglieder der Abteilung müssen unbedingt anwesend sein, da noch Uebungsspiele zum Reichsarbeitersporttag durchgenommen werden sollen. Auch ist es erwünscht, daß die Schülermannschaften anwesend sind. Außerdem findet um 7 Uhr eine kurze Besprechung aller Sportgenossen zum Reichsarbeitersporttag statt.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 25. Mai.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		25. Mai.	24. Mai.
Holland	100 fl.	2152.50	2177.50
Kopenhagen	100 Kr.	1095.—	1102.50
Stockholm	100 Kr.	1420.—	1427.50
Kristiania	100 Kr.	947.50	960.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	128.—	128.—
Schweiz	100 Frs.	1087.50	1092.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	15.—	15.87
Budapest	100 K.	28.—	28.—
Prag	100 K.	89.75	89.25
Spanien	100 Pesetas	810.—	820.—
London	1 £	240.25	242.50
Paris	100 Frs.	526.—	519.50
Belgien	100 Frs.	526.—	519.50
Italien	100 Lire	838.—	835.—
Bukarest	100 Lei	—.—	—.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	60.50	61.62
do. briefl. Ausz. od. Scheck		60.37	61.50

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 25. Mai 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
	S.	Nordstern	Jürgensen	Nakskow	1	
D.		Max Fischer	Ahlbrand	Rostock		5
	S.	Helene	Wolfers	Istad	1½	

Angekommen am 26. Mai 1921.

D.	Hannover	Finger	Riga	4
D.	Motor Violet	Heydorn	Aalborg	2
D.	Ludw. Kollerg	Jakobsen	Göteborg	6

MAGGI's Fleischbrüh-Würfel geben kräftige Fleischbrühe zum Trinken, Kochen von Fleischbrüh-Suppen, Soßen, Ragouts, Gemüsen usw.

2256) Natürlicher, feiner Fleischbrühgeschmack ist ihr großer Vorzug.

Oeffentliche Verdingung.

Die Ausführung der Zimmerarbeiten für den Neubau von 18 Kleinwohnungen bei der Haushaltungsschule an der Ziegelstraße soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden. (2261

Angebote sind bis zu dem

am Donnerstag, dem 2. Juni 1921, mittags 12 Uhr,

im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenen Umschlage an das Bauamt einzureichen. (924

Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Lübeck, den 25. Mai 1921.

Das Bauamt.
Abt. Hochbau.

Gesucht für die Nachmittagsstunden ein Mädchen, das Ost. d. Sch. verl. hat. 2258) Lindenstr. 36 I.

Berufst. Dame j. einf. möl. Zimmer. Ang. m. Preis u. E D an die Exped. (2257

Gut sitzendes Kostüm z. vk. 2263) Karpfenstr. 25 a.

Danksagung.

Allen denen, die unserer lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen, ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten insbesondere ihrer Lehrerin und Mitschülerinnen, sowie Herrn Pastor Zietz für seine trostreichen Worte herzlichen Dank. (2266

Bad Schwartau, 23. 5. 21.

W. Rocksien u. Familie.

1 Laufjunge
außer der Schulzeit ges.
Otto Baake
2262) Breite Straße 70.

Maurergesellen
stellt ein (2272
H. Wandke u. Sohn,
Maurermeister.
Geibelplatz 21.

10 tüchtige Maurergesellen
stellt sofort ein (2273
Aug. Fasel,
Baugeschäft
Travelmannstraße 11.

G. erh. Gehr. m. Weste z. vk. 2289) Schlutup, Mecklenburger Straße 5.

Achtung! Nur noch diese Woche findet der Verkauf von den bekannten
dänischen Schweinsköpfen
mit voller Fettbacke in der Markthalle statt. Pfd. 6.50 M.
Verkaufstag: Sonnabend. (2276

Verl. Geldtasche m. 90 Mk. Sedanstr.—Reiferstr. Geg. Bel. abz. Sedanstr. 1a. (2269

Damen- und Kinder-Garderobe wird angefertigt. 2285) Falkenstr. 34 pt.

Tischlerei-Leimölen.
Adolf Borgfeldt Lübeck. (2274

Futterkartoffeln
hat abzugeben
Landesversorgungsamt,
Abt. Städt. Kartoffelst.
2259) Ausgabe:
Wollmagazin.

Ausverkauf.
Bedeutende Preisermäßigung aller Waren.
Bei Einkauf von über 10 Mk. 1 Paket Cracker-Jack gratis.
Heinrich Vick,
Unterstraße 66. (2283

Harte Seife, Doppelstück 1.75, 2.40 u. 2.80
Grüne Schmierseife ℔ 3.25
K-A-Seifenpulver ℔ 3.50
Persil . . . . . Paket 4.—
Schwan-Seifenpulv. „ 3.—
Dixin- „ „ 2.25
Bleichsoda, Henkel „ 1.60
Bohnermasse . . Dose 9.50
5 Suppenwürfel . . . 0.65
Sauerkohl . . . . . ℔ 0.40
Salzheringe Stck. 60 u. 80 ₰
Kleiner Futtermais ℔ 1.60
10 ℔ 15.—
Grober Futterreis, ℔ 2.20
10 ℔ 21.—
Eduard Speck
Hägstr. 80—82. (2296

Frisch eingetroffen:
Ger. Lachsheringe Stck. 1.50
Salzheringe von 50 Pfg. an
Anchovis, russische Sardinen,
Krabben und Seekrebse
billigst. (2290
Wiederverk. Engros-Preise.
Fischversandhaus „Möve"
Gr. Burgstr. 6.

Preiswerte Zigarren!

Fandango	St. 70 ₰	100 St. 60 M.
Schneiderlein	St. 90 ₰	100 St. 80 M.
Dixi vorzügliche Qualität	St. 1 M	100 St. 90 M.
Pikant altbeliebte Marke		St. 1 M.
Bremer Riesen		St. 1.20 M

Zigarrenhaus Burgtor
Gr. Burgstr. 7. (2264) Fernsp. 1049.

Der Puppendoktor
heilt jede kranke Puppe.
2257) E. Hertel, Hüxstr. 74

Starke Arbeitshosen 85.—
grau Flanell-
2291) Hemden 40.—
„ Barch.-Hemden 35.—
„ Leinen-Hemden 35.—
Gestreifte Hosen 75.—
Anzüge sehr billig.
Franz Wehrendt,
Balauerstraße 35.

Prima dänisches
Schweineschmalz
(schneeweiß)
pr. Pfund nur Mk. 10,20
Heinr. Vorrath,
Butterhandlung.
2260) Adlerstraße 43.

Zur Mühle
Beckergrube 61.

Bruchreis	℔ 2.10, 2.40, 2.70
Voll-Reis	℔ 2.40, 3.00,
2094)	3.25, 4.25
feinste Haferflocken	℔ 2.60
feinst. Maiskernpuder	„ 3.50
feinst. Kartoffelmehl	„ 3.20
weißer grober Grieß	„ 2.90
Reismehl, fein und grob	℔ 2.60, 3.00
wß. Kuchenbackmehl	℔ 2.70
gutk. gelbe u. grüne Erbsen	„ 2.50
gutk. weiße Bohnen	„ 1.60
Mischobst	„ 3.50
Kunsthonig v. Häuer	„ 4.70
Feinste bosnische Pflaumen	„ 5.00

Gut und billig!

H.-Macco-Hemden	28.50 M.
D.-Hemden	24.50 M.
Hemdentuch	9.75 M.
Stouts (2286)	8.80 M.
D.-Blusen	13.75 M.

Heinrich Beuck
Brockesstraße 25.